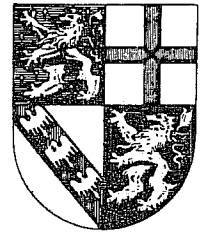


SAARLAND



STATISTISCHE NACHRICHTEN

VIERTELJAHRESHEFT
des
STATISTISCHEN LANDESAMTES



2

3

4



2

3



2

Ausgabe 1/1983

Statistisches Amt des SAARLANDES

Statistische Nachrichten

Vierteljahreshefte des Statistischen Amtes des Saarlandes.

Hrsg.: Statistisches Amt des Saarlandes
Postfach 409, Hardenbergstr. 3
6600 Saarbrücken
Telefon: 0681-505 930

Bezugspreis: Einzelheft 3,00 DM
Jahresabonnement 10,00 DM

Bestellungen: Statistisches Amt des Saarlandes,
Telefon: 0681-505 927

NACHDRUCK, auch auszugsweise, nur mit Quellenangabe gestattet.

ISSN: 0721-2410

INHALT

Kurzinformationen	Neuberechnung des Preisindex für Bauwerke auf Basis 1980	5
	Preissteigerungsrate seit Jahresbeginn unter 4 %	5
	Kommunale Bauinvestitionen	5
	Das Saarland hat über 5 Milliarden DM Schulden	5
	Geringere Steuereinnahmen der Kommunen	6
	Hohe Erwerbsquoten bei alleinstehenden Müttern	6
	Geringere Kfz-Einfuhren und höhere Kfz-Ausfuhren im Jahr 1982	6
	Saarländische Rohstahlproduktion 1982 bei 3,9 Mill. t	6
	Saarbergbau förderte 11 Mill. t	7
	Landwirtschaft	7
Grafiken zur Wirtschaftsentwicklung		8
Zur Wirtschaftslage		9
Beiträge	Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1983	10
	Abriß der Bundestagswahl am 6. März 1983	16
	Leistungsgrößen und Strukturmerkmale für Unternehmen und Betriebe 1979	18
	Kommunale Bauinvestitionen seit 1970	26
Tabellenteil	Zahlenspiegel für das Saarland	36
Anhang	Mitteilung des Amtes	43
	Veröffentlichungen des Statistischen Amtes des Saarlandes	44
	Veröffentlichungen der amtlichen Statistik des Saarlandes im 1. Quartal 1983	45

Zeichenerklärung

- = Nichts vorhanden.
- 0** = Mehr als nichts, aber weniger als die Hälfte der kleinsten dargestellten Einheit.
- .** = Zahlenwert unbekannt oder aus Geheimhaltungsgründen nicht veröffentlicht.
- X** = Nachweis ist nicht sinnvoll, unmöglich, oder Fragestellung trifft nicht zu.
- ...** = Angabe fällt später an.
- /** = Nicht veröffentlicht, weil nicht ausreichend genau oder nicht repräsentativ.
- D** = Durchschnitt.
- p** = vorläufige Zahl.
- r** = berichtigte Zahl.
- s** = geschätzte Zahl.
- dav.** = davon. Mit diesem Wort wird die Aufgliederung einer Gesamtmasse in sämtliche Teilmassen eingeleitet.
- dar.** = darunter. Mit diesem Wort wird die Ausgliederung einzelner Teilmassen angekündigt.

Abänderungen bereits bekanntgegebener Zahlen beruhen auf nachträglichen Berichtigungen. Abweichungen in den Summen sind in der Regel auf das Runden der Einzelpositionen zurückzuführen. Bei Repräsentativ-Statistiken sind solche Zahlen, die wegen des relativ hohen Zufallsfehlers unsicher sind, in Klammern gesetzt.

Kurzinformationen

Neuberechnung des Preisindex für Bauwerke auf Basis 1980

Im Zuge der Umstellung der Preisindizes auf das neue Basisjahr 1980 (= 100) wurden als erstes die Baupreisindizes für konventionelles Bauen auf dieser Basis berechnet. Die neuen, bundeseinheitlich verwendeten Wägungsschemata, die als feste Größe den Indexberechnungen zugrundeliegen, wurden diesmal überwiegend nur preisbereinigt und durch Modifizieren von Gewichten dem neuen Erhebungskatalog angepaßt. Lediglich die Wägungsunterlagen für Staudämme, die die bisherige Staumauer ersetzen, sind neu entwickelt worden.

Die Baupreisindizes wurden auf der neuen Basis bis Februar 1980 original zurückgerechnet. Für den Zeitraum vor Februar 1980 erfolgt die Rückrechnung nach der Entwicklung der Indizes früherer Basisjahre.

Der Preisindex für Bauwerke (Bauleistungen am Bauwerk) wird außer der Darstellung auf Originalbasis 1980 = 100 auch in der Umbasierung auf 1976 = 100 und 1970 = 100 veröffentlicht. Dabei bleiben die in der Darstellung früherer Basisjahre vor Februar 1980 veröffentlichten Zahlen unverändert bestehen und werden von diesem Monat an entsprechend der Entwicklung der 1980er Originalindizes fortgeschrieben.

Die veröffentlichten Indexzahlen stellen die Preisentwicklung einschließlich Mehrwertsteuer dar.

Preissteigerungsrate seit Jahresbeginn unter 4 %

Zu Beginn des Jahres 1983 sind die Verbraucherpreise im Saarland deutlich schwächer gestiegen als in den Vorjahren. Nach einer Jahreszuwachsrate von 3,8 % im Januar 1983 betrug im Februar 1983 der Abstand gegenüber dem entsprechen-

den Vorjahresmonat noch 3,4 %. Die Teuerungsrate erreichte damit den niedrigsten Stand seit Juni 1979.

In den ersten beiden Monaten des neuen Jahres war die Preisentwicklung in den einzelnen Ausgabenbereichen der Lebenshaltung recht uneinheitlich. So kam es in den Hauptgruppen „Elektrizität, Gas, Brennstoffe“ bzw. „Verkehr und Nachrichtenübermittlung“ zu deutlichen Indexabschwächungen, was hauptsächlich auf die Verbilligung des Heizöls sowie der Kraftstoffe zurückzuführen ist.

Dieser günstigen Entwicklung standen Preisniveaueinbußen in allen übrigen Teilbereichen gegenüber.

Kommunale Bauinvestitionen

Die Ausgaben der saarländischen Gemeinden und Gemeindeverbände für Baumaßnahmen betrugen 1982 insgesamt 345 Mio DM. Dies waren 55 Mio DM oder 14 % weniger im Vergleich zu 1981, als die Kommunen ihre Bautätigkeit schon um rund 10 % gedrosselt hatten. Rückläufig waren die Investitionen 1982 vor allem in den Bereichen „Straßenbau“ (-25 % auf 83 Mio DM), „Schulen“ (-8 % auf 41 Mio DM) und „Abwasserbeseitigung“ (-32 % auf 33 Mio DM).

Das Saarland hat über 5 Milliarden DM Schulden

Der Schuldenstand des Saarlandes, der Anfang 1982 noch 4,166 Mrd DM betragen hatte, ist im vergangenen Jahr um nahezu eine Milliarde DM auf 5,139 Mrd DM angestiegen. Die Veränderungsrate lag mit + 23,4 % deutlich über den Zuwächsen der Vorjahre; in den zurückliegenden zwanzig Jahren war nur 1975 eine höhere prozentuale Neuverschuldung (+ 26,6 %) ermittelt worden.

Bezogen auf die Bevölkerung war das Land Ende 1982 mit 4.846 DM pro Einwohner verschuldet.

Geringere Steuereinnahmen der Kommunen

Die saarländischen Gemeinden und Gemeindeverbände nahmen 1982 insgesamt 738 Mio DM an Steuern ein. Dies waren 14 Mio DM oder 1,9 % weniger als im Jahre 1981, das mit einem leichten Minus von 0,3 % abgeschlossen hatte.

Der Einnahmeverlust resultierte aus einem Rückgang der Gewerbesteuer; mit 310 Mio DM (brutto) war ihr Aufkommen um fast 8 % niedriger als 1981. Die übrigen gemeindlichen Steuerarten entwickelten sich dagegen positiv: Die Grundsteuer A erbrachte über 2,5 Mio DM (+ 3,9 %), die Grundsteuer B knapp 105 Mio DM (+ 6,8 %), der Gemeindeanteil an der Einkommensteuer 298 Mio DM (+ 1 %) und die sonstigen Steuern rund 23 Mio DM (+ 8,1 %).

Hohe Erwerbsquoten bei alleinstehenden Müttern

Nach der Mikrozensus-Erhebung im April 1982 waren im Saarland 27 % der Frauen im Alter ab 15 Jahren erwerbstätig.

Die Erwerbsbeteiligung der Frauen mit Kindern unter 18 Jahren betrug 28,7 %.

Weit über dem Durchschnitt lagen die Anteilswerte bei den alleinerziehenden Müttern. So waren bei den Geschiedenen 48,4 % und bei den verheirateten, aber getrennt lebenden Frauen 45 % erwerbstätig. Die Erwerbsquote für die ledigen Mütter betrug 46,7 %; dagegen lag die Quote bei Müttern, die mit ihrem Ehepartner zusammenleben, bei 27,5 %.

Rund 66 % der erwerbstätigen Mütter hatten ein Kind, 27 % zwei Kinder und 7 % drei und mehr Kinder zu versorgen.

Geringere Kfz-Einfuhren und höhere Kfz-Ausfuhren im Jahr 1982

Die saarländische Wirtschaft importierte im Dezember 1982 Güter im Wert von 405,1 Mill. DM, darunter für 204,5 Mill. DM aus Frankreich, und exportierte für 708,7 Mill. DM (nach Frankreich: 296,1 Mill. DM).

Im abgelaufenen Jahr 1982 bezog das Saarland Güter für 4 868,9 Mill. DM aus dem Ausland und lieferte für 8 365,5 Mill. DM dorthin. Innerhalb Jahresfrist verringerten sich die Importe um 4,3 %, während die Exporte um 6,5 % anstiegen. Der Ausfuhrüberschuß verbesserte sich um 26,4 % auf 3 496,7 Mill. DM.

Entscheidend für die Entwicklung der Außenhandelstätigkeit des Saarlandes ist die Entwicklung auf dem Automobilmarkt der hier ansässigen Im- bzw. Exporteure.

Dem rückläufigen Kraftfahrzeugimport (-22%) standen stark gestiegene Exporte (+ 25,7 %), die etwa zu einem Drittel am Gesamtexport beteiligt sind, gegenüber. Im Vergleich zu 1981 hat der Warenaustausch mit dem französischen Nachbarn weiter an Bedeutung verloren. Mit einem Einfuhrwert von 2 343,2 Mill. DM wurde um 9,3 % weniger als im Vorjahr eingeführt und mit 3 431,4 Mill. DM nur um 1 % mehr dorthin ausgeführt. Während im Vorjahr noch gut die Hälfte der Einfuhren aus Frankreich kamen, stammten 1982 nur 48 % der Güter aus dem Nachbarland. Die saarländischen Exporteure verkauften 1981 43 % und 1982 41 % der Ausfuhren nach Frankreich. Dank der geringeren Bezüge und der stagnierenden Lieferungen stieg der Saldo zugunsten des Saarlandes um rd. ein Drittel auf 1 088,2 Mill. DM. Insgesamt kamen aus EG-Ländern Güter für 3 152,3 Mill. DM (- 7,7 %) und gingen für 6 019,4 Mill. DM (+ 5,8 %) in diese Partnerstaaten. Im EFTA-Geschäft wurden Waren für 143,1 Mill. DM bezogen und für 962,8 Mill. DM dorthin geliefert. Im EG-Handel errechnete sich ein positiver Saldo von 2 867 Mill. DM und gegenüber den Staaten der Kleinen Freihandelszone von 820 Mill. DM.

Saarländische Rohstahlproduktion 1982 bei 3,9 Mill. t

Die saarländische Rohstahlerzeugung belief sich 1982 auf 3,9 Mill. t. Dies bedeutet gegenüber dem Vorjahr einen Rückgang um 16,3 %. Das bisher höchste Produktionsniveau erreichte die Stahlindustrie des Saarlandes 1974 mit 6,4 Mill. t. Im Vergleich zu diesem Spitzenjahr lag die Stahlerzeugung im abgelaufenen Jahr um 38,2 %

oder 2,4 Mill. t tiefer. Das extrem tiefe Produktionsniveau 1982 entsprach damit weitgehend dem der frühen 60er Jahre. Die Grenze von 4 Mill. t Rohstahl wurde letztmals 1963 unterschritten.

Saarbergbau förderte 11 Mill. t

Der Saarbergbau erhöhte 1982 seine Steinkohlenförderung um 2,1 % auf 11,0 Mill. t. Ein so hohes Förderniveau erreichte der saarländische Steinkohlenbergbau letztmals vor 13 Jahren. Gegenüber dem bisherigen Tiefstand im Jahr 1974 von 8,9 Mill. t bedeutet dies sogar eine Steigerung um 23,3 % oder 2,1 Mill. t. Damit konnte der Saarbergbau das bereits hohe Förderniveau der Vorjahre erneut steigern.

Demgegenüber ging die abgesetzte Menge deutlich zurück, allein der Fremdabsatz fiel um 3,0 %. In der Folge kam es zu einer merklichen Erhöhung der Haldenbestände. Beliefen sich bereits Ende 1981 die Kohlenbestände auf 1,4 Mill. t, so kam es im abgelaufenen Jahr zu einer weiteren Steigerung auf zuletzt 2,3 Mill. t Ende Dezember 1982.

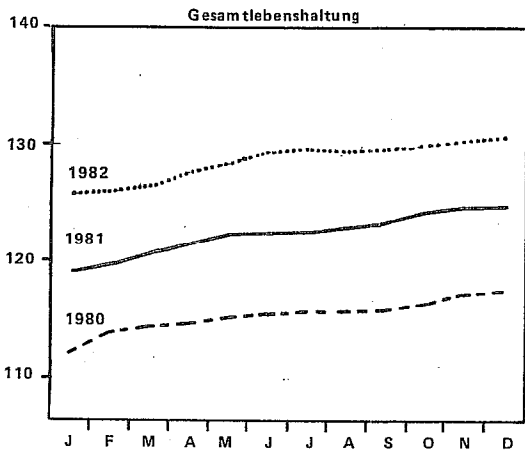
Landwirtschaft

Das Jahr 1982 brachte für die saarländische Landwirtschaft wie im Bundesgebiet gute Ernterträge. Die für die pflanzliche Erzeugung maßgebende Getreideernte (134 000 t) fiel um ein Zehntel größer aus als im mehrjährigen Durchschnitt. Auch bei Obst und Weinmost (17 246 hl) gab es mengenmäßig und qualitativ sehr gute Erträge. Die Gemüse- sowie Kartoffelernte blieben dagegen hinter den Ergebnissen der Vorjahre zurück. Die Viehwirtschaft verzeichnete bei Rindvieh und Schweinen etwas geringere Bestände als im Vorjahr. Milcherzeugung (115 800 t) und Fleischerzeugung (rd. 16 500 t) werden für das Berichtsjahr ebenfalls etwas niedriger veranschlagt als im Jahr zuvor. Die Betriebsgrößenstruktur läßt weiterhin eine Tendenz zu größeren Betriebseinheiten erkennen. Es wurden insgesamt 4 826 land- und forstwirtschaftliche Betriebe mit einer landwirtschaftlich genutzten Fläche von 69 300 ha festgestellt. Der Beschäftigtenstand

zählte zuletzt 1981 insgesamt 9 770 familien-eigene Kräfte (dar. 2 145 Vollbeschäftigte) sowie 750 ständig beschäftigte sonstige Arbeitnehmer. Die Einkommenslage wird unter Berücksichtigung steigender Fremdkapitalbelastung, höherer Betriebskosten und der gegebenen Preisregulierungen für Agrarprodukte nach wie vor weitgehend als unbefriedigend beurteilt; nähere Aufschlüsse hierüber sind durch die Auswertung von Buchführungsergebnissen zu erwarten.

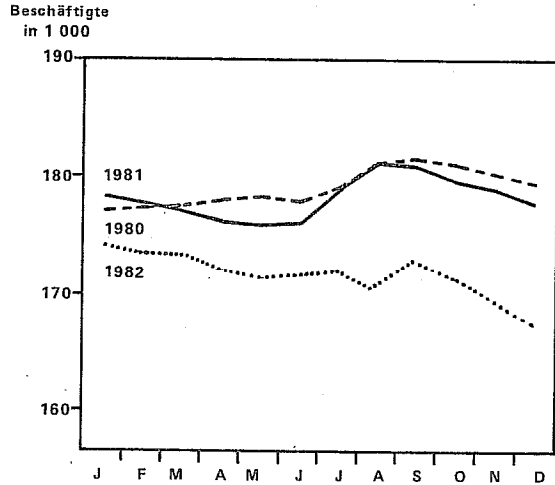
Grafiken zur Wirtschaftsentwicklung

Preisindex für die Lebenshaltung ¹⁾
1976 = 100

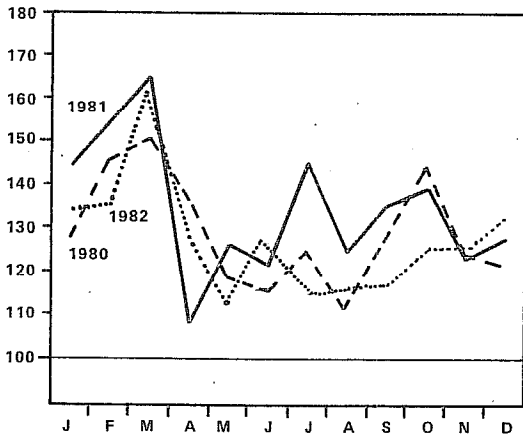


1) 4-Personen-Arbeitnehmerhaushalt mit mittlerem Einkommen

Beschäftigte im Produzierenden Gewerbe

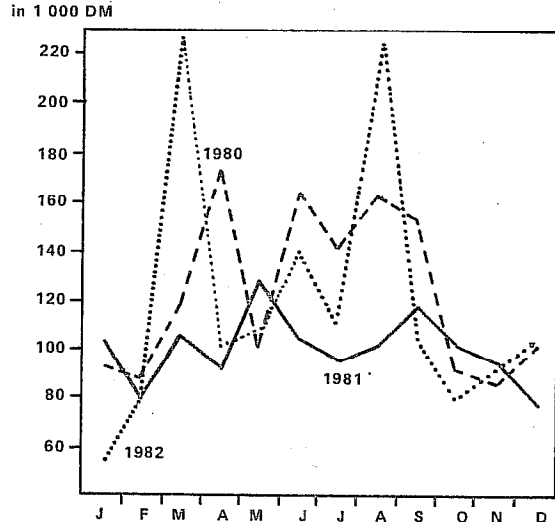


Auftragseingang im Verarbeitenden Gewerbe ¹⁾
1976 = 100

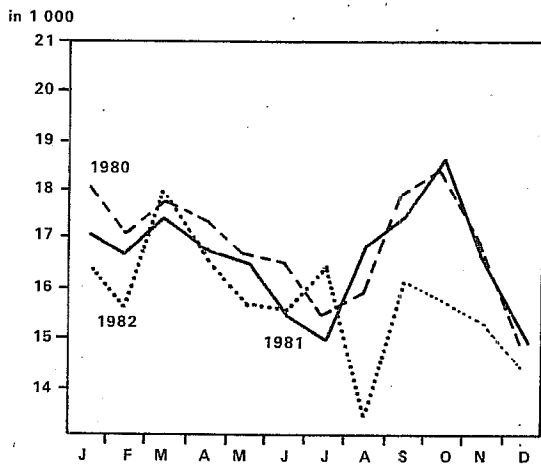


1) Ohne Nahrungs- und Genußmittelgewerbe

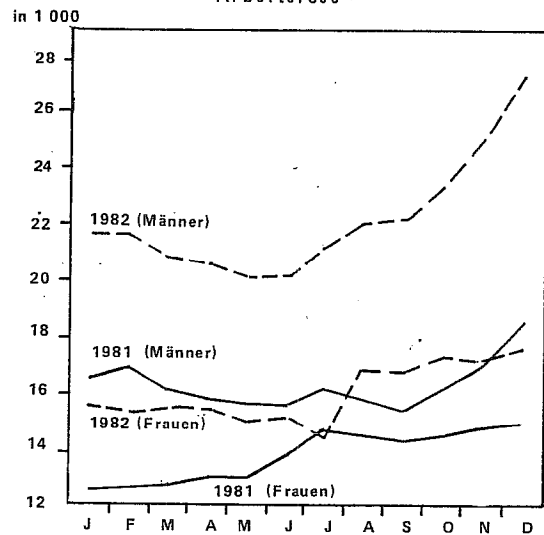
Auftragseingang im Bauhauptgewerbe



Geleistete Arbeiterstunden
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe



Arbeitslose ¹⁾



1) nach Angaben des Landesarbeitsamtes Rheinland - Pfalz - Saarland

Zur Wirtschaftslage

Das Konjunkturbild wird im Frühjahr 1983 im Saarland wie im Bundesgebiet von positiven Erwartungen und Hoffnungen bestimmt. Anzeichen einer konjunkturellen Besserung sind zu erkennen, und erste Indikatoren scheinen auf die Überwindung des konjunkturellen Tiefpunkts sowie ein beginnendes Wirtschaftswachstum hinzuweisen. Bundesweit dürften vor allem eine Stabilisierung der Preisniveaus bei sinkenden Zinsen, Zahlungsbilanzüberschüsse und Konsolidierungstendenzen der öffentlichen Haushalte zu verbesserten gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen führen. Verstärkte Investitionen könnten zur Festigung der Binnennachfrage beitragen. Eine Entlastung des Arbeitsmarktes und ein Abbau der hohen Arbeitslosigkeit ist nach Meinung vieler Experten kurz- und mittelfristig noch nicht in Sicht. Auch die strukturellen Anpassungen in bestimmten Branchen des Verarbeitenden Gewerbes, insbesondere der Stahlindustrie, und die damit verbundenen Arbeitsplatzprobleme können offensichtlich nur in einem größeren Zeitraum und einem überregionalen bzw. europäischen Rahmen gelöst werden. Die sich anbahnende Aufschwungphase kann zunächst nur von einem leichten Anstieg im industriellen Bereich auf bisher niedrigem Niveau ausgehen und enthält nach wie vor erhöhte Risiken, insbesondere hinsichtlich der Unsicherheiten auf den Auslandsmärkten.

Im Saarland bewegten sich im Bereich Produzierendes Gewerbes Beschäftigung und Produktion in den ersten Monaten des laufenden Jahres noch auf niedrigem Niveau. Für die ersten zwei Monate ergibt sich jedoch beim Auftragseingang des Investitionsgüter produzierenden Gewerbes gegenüber den gleichen Vorjahresmonaten eine Steigerung um 8,7 %. Bestimmt wird dieses Bild wesentlich durch Großaufträge aus dem Ausland. Im Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe sowie im Verbrauchsgüter produzierenden Gewerbe war die Nachfrage noch zurückhaltend. Bedingt auch durch die milde Witterung in den Wintermonaten liegt die Bauleistung gemessen an den auf Baustellen erbrachten Arbeitsstunden deutlich über dem vergleichbaren 82er Niveau.

Noch immer unbefriedigend ist die Lage auf dem Arbeitsmarkt, wo im März 1983 rund 48 000 Arbeitslose und eine Arbeitslosenquote von 12,3 % registriert wurden.

Als erfreulich muß man die Entwicklung beim Preisindex für die Lebenshaltung erwähnen. Im März 1983 lag die Teuerungsrate gegenüber dem März 1982 nur noch bei 3,2 % und zeigte damit ein besseres Ergebnis als im Bundesdurchschnitt.

Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1983

Vorbemerkungen

Die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) 1983 ist angelaufen. Es handelt sich hierbei um die fünfte Erhebung dieser Art, die im gesamten Bundesgebiet in Zeitabständen bis zu fünf Jahren durchgeführt wird. Eine derartige Erhebung wurde 1962/63 erstmals durchgeführt, 1969, 1973 und 1978 wiederholt und findet erneut im laufenden Jahr 1983 statt.

Diese Stichprobe ergänzt die ständig laufenden Wirtschaftsrechnungen der privaten Haushalte, die auf der monatlichen Buchführung einiger weniger Haushalte beruhen.

In die Erhebung der „laufenden Wirtschaftsrechnungen“ einbezogen sind nur drei ausgewählte Haushaltstypen, deren Auswahlmerkmale genau festgelegt sind.

Hauptzweck der „laufenden Wirtschaftsrechnungen“ ist die Ermittlung von Gewichten zur Berechnung des Preisindex für die Lebenshaltung. Die Einkommens- und Verbrauchsstichproben sollen einen umfassenden Einblick in die wirtschaftliche und soziale Lage der privaten Haushalte ermöglichen. Sie liefern Informationen über Struktur und Verteilung der Einkommen, über Höhe und Art der Verbrauchsausgaben sowie über die Vermögensbildung und Vermögensbestände der privaten Haushalte.

1. Rechtsgrundlage

Rechtsgrundlage für die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1983 ist das Gesetz über die Statistik der Wirtschaftsrechnungen privater Haushalte vom 11. Januar 1961 (BGBl. I. S. 18), zuletzt geändert durch Art. 10 des Ersten Gesetzes zur Änderung Statistischer Rechtsvorschriften vom 14. März 1980 (BGBl. I. S. 294) in Verbindung mit dem Gesetz über die Statistik für Bundeszwecke (Bundesstatistikgesetz BStG) vom 14. März 1980 (BGBl. I. S. 289).

Das Gesetz über die Statistik der Wirtschaftsrechnungen privater Haushalte regelt für die Einkommens- und Verbrauchsstichproben

- in § 2 den Erhebungsinhalt
- in § 3 Nr. 2 den Erhebungsumfang
- in § 4 die Freiwilligkeit der Teilnahme und
- in § 5 die Zuständigkeit des Statistischen Bundesamtes für die Aufbereitung.

Dem Datenschutz wird durch die statistische Geheimhaltung voll Rechnung getragen.

2. Erhebungsziele

Die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe soll möglichst umfassende Angaben über die Einkommensquellen und -verwendung der privaten Haushalte liefern. Dabei soll der Zusammenhang zwischen Einkommen, Verbrauch und Vermögensbildung dargestellt werden. Diese Informationen sind von großer Bedeutung, denn das Verbrauchsverhalten der Haushalte hat beachtlichen Einfluß auf die gesamte Wirtschaftsentwicklung. So werden durch eine Verknappung der den Haushalten zur Verfügung stehenden Mittel vielfach Einschränkungen und Umschichtungen beim privaten Verbrauch notwendig. Die dadurch entstehenden Stockungen beim Verbrauch einzelner Warenarten wirken sich nachhaltig auf den Absatz der entsprechenden Produktionszweige aus, was wiederum für die weitere Planung der Unternehmen bedeutsam ist.

Da also die Haushalte mit ihrem Konsum — wie auch mit ihrem Sparverhalten — das wirtschaftliche Geschehen erheblich beeinflussen, sind die bei diesen Erhebungen gewonnenen Informationen für Staat, Unternehmen und Wissenschaft von entscheidender Bedeutung und bilden eine wesentliche Grundlage für wichtige sozial- und wirtschaftspolitische Entscheidungen.

Ohne all diese aktuellen Informationen besteht die Gefahr, daß viele Millionen an öffentlichen und privaten Mitteln fehlinvestiert, falschen Personengruppen zugeführt oder am falschen Ort oder zur falschen Zeit eingesetzt werden.

3. Erhebungskonzept

Da die Teilnahme an den Einkommens- und Verbrauchsstichproben freiwillig ist, scheidet eine Auswahl der Haushalte nach dem Zufallsprinzip, wie sie bei anderen amtlichen Statistiken üblich ist, aus. Vielmehr werden die Haushalte über Gewerkschaften, Unternehmen sowie Aufrufe in den Massenmedien geworben.

Grundlage für die Steuerung der Werbung ist der Mikrozensus des Vorjahres. So wird das Erhebungssoll der Einkommens- und Verbrauchsstichproben anhand der Ergebnisse des 1 % - Mikrozensus ermittelt. Dabei werden die im Mikrozensus erfaßten Haushalte nach der sozialen Stellung des Haushaltsvorstandes, der Haushaltsgröße und den Größenklassen des Haushaltsnettoeinkommens geschichtet.

Erhebungssoll EVS 1983 aus Basiszahlen Mikrozensus 1981
Saarland
Wohngemeinden insgesamt

Tab. 1

Soziale Stellung des Haushalts- vorstandes	Haushalte mit ¹⁾ Personen	Zahl der Haushalte	davon mit einem monatlichen Haushaltseinkommen						
			von bis unter DM						überw. aus Landw. Betrieb
			unter 1 000	1 000 bis 1 600	1 600 bis 2 200	2 200 bis 3 000	3 000 bis 4 000	4 000 und mehr	
Selbständiger, mithelfender Familien- angehöriger	1 2 3 4 5 u. mehr zusammen	5 13 12 15 6 51	— — — — —	1 2 1 1 — 5	1 2 2 1 — 6	2 3 2 3 1 11	— 2 1 5 1 9	1 3 5 7 3 19	1 1 2 1 1 6
Beamter, Richter, Soldat	1 2 3 4 5 u. mehr zusammen	7 23 28 37 11 106	— — — — —	1 1 — — — 2	2 5 6 5 2 20	3 8 12 12 3 38	1 5 4 8 4 22	— 5 5 11 3 24	— — — — — —
Angestellter, Kaufm.-techn. Auszubildender	1 2 3 4 5 u. mehr zusammen	20 41 50 43 27 181	2 1 1 — — 4	9 5 3 2 — 19	6 10 11 8 3 38	2 14 14 12 8 50	1 8 14 11 8 42	1 4 8 11 10 34	— — — — — —
Arbeiter, Heimarbeiter, gewerbl. Auszubildender	1 2 3 4 5 u. mehr zusammen	28 72 75 68 39 282	5 1 — — — 6	15 15 12 5 3 50	7 27 30 23 8 95	2 21 21 21 10 75	— 8 10 14 8 40	— — 3 4 10 17	— — — — — —
Nichter- werbstätiger Arbeitsloser	1 2 3 4 5 u. mehr zusammen	115 98 51 20 12 296	48 8 3 1 1 61	49 33 9 2 2 95	13 34 10 4 1 62	3 16 12 4 2 37	1 5 11 5 3 25	1 3 6 5 4 19	— — — — — —

1) Private Haushalte ohne: Anstaltsbevölkerung, Ausländer, Ein-Personen-Haushalte mit weiterem Wohnraum.

In die Stichprobe dürfen nach § 3 Nr. 2 des Gesetzes über die Statistik der Wirtschaftsrechnungen privater Haushalte maximal 0,3 % aller privaten Haushalte einbezogen werden, das wären 1983 bundesweit etwa 70 000 Erhebungseinheiten. Aus Ersparnisgründen wurde jedoch bei den bisherigen Erhebungen einheitlich für alle Schichten ein Erhebungssoll von 0,25 % zugrunde gelegt, ohne daß wesentliche Informationsverluste hingenommen werden mußten.

Für die laufende Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1983 wurden vom Statistischen Bundesamt erstmals variable Auswahlsätze erarbeitet, wobei sich die schichtenspezifischen Prozentsätze an der Anzahl der zu erwartenden Teilnahmeerklärungen orientieren. Hierbei zeigen die in der Grundgesamtheit besonders dicht besetzten Schichten niedrigere und die besonders schwach besetzten höhere Auswahlsätze auf.

4. Erhebungsumfang

Die Einkommens- und Verbrauchsstichproben erfassen Haushalte aller Größen, sozialen Schichten und Einkommensgruppen mit Ausnahme der Ausländer- und Anstaltshaushalte sowie der Bezieher hoher Einkommen (mtl. 25 000 DM und mehr).

Nach allen bisherigen Erfahrungen reicht ihre Zahl in der Regel für einen gesicherten Nachweis in der Tabellierung nicht aus. Nach dem Auswahlplan für die EVS 1983 ist bundesweit eine Auswahl von rd. 55 000 Haushalten für die Mitarbeit vorgegeben. Davon entfallen auf das Saarland 916 (Bremen 691, Bayern 9 576, Nordrhein-Westfalen 15 116).

In der Aufgliederung nach sozialen Merkmalen sollen sich 51 Haushalte von Selbständigen einschließlich Landwirten, 106 Haushalte von Be-

Tab. 2 Variable Auswahlsätze bei der Erhebungssollvorgabe zur EVS 1983

Soziale Stellung des Haushaltsvorstandes	Haushalte mit Personen				
	1	2	3	4	5 und mehr
	%				
Selbständiger (einschl. Landwirt)	0,25	0,25	0,25	0,25	0,25
Beamter	0,36	0,36	0,44	0,53	0,50
Angestellter	0,25	0,25	0,30	0,30	0,42
Arbeiter	0,25	0,25	0,25	0,25	0,25
Nichterwerbstätiger	0,15	0,15	0,25	0,25	0,25

Nach diesem Auswahlplan ergibt sich insgesamt für alle statistischen Landesämter ein Soll von rund 55 000 Haushalten. Die so erreichten zeitlichen und finanziellen Einsparungen sind gerechtfertigt, da durch diese Maßnahme die Genauigkeit und Aussagefähigkeit der Ergebnisse bundesweit nur unwesentlich beeinträchtigt werden. Bei Länderergebnissen kann es unter Umständen zu geringfügigen Informationsverlusten kommen, weil stärkere Zusammenfassungen in den Tabellen erforderlich werden.

amten, 181 Haushalte von Angestellten, 282 Haushalte von Arbeitern und 296 Haushalte von Nichterwerbstätigen beteiligen.

Bei der Werbung der Haushalte stellte sich bei der jetzt angelaufenen wie bei allen bisherigen Stichproben heraus, daß bei den Beamten- und Angestelltenhaushalten das Erhebungssoll stark überschritten wurde, so daß nicht alle Haushalte in die Erhebung einbezogen werden konnten. Demgegenüber wurde bei alleinlebenden Per-

Gliederung des Erhebungssolls im Saarland nach sozialer Stellung und Haushaltsgröße *Tab. 3*

Soziale Stellung des Haushaltsvorstandes	Haushalte mit Personen					insgesamt
	1	2	3	4	5 und mehr	
	in %					
Selbständige, mithelfender Familienangehöriger	0,5	1,4	1,3	1,6	0,7	5,5
Beamter, Richter, Soldat	0,8	2,5	3,1	4,0	1,2	11,6
Angestellter, kaufm. - techn. Auszubildender	2,2	4,5	5,5	4,7	2,9	19,8
Arbeiter, Heimarbeiter, gewerbl. Auszubild.	3,1	7,9	8,1	7,4	4,3	30,8
Nichterwerbstätiger, Arbeitsloser	12,5	10,7	5,6	2,2	1,3	32,3
i n s g e s a m t	19,1	27,0	23,6	19,9	10,4	100,0

sonen, Haushalten von Selbständigen und Arbeitern das Erhebungssoll in einigen Schichten nur z.T. erreicht.

Obwohl in zahlreichen Veröffentlichungen auf diese, schon bei früheren Erhebungen unterpräsentierten Gruppen hingewiesen wurde, gelang es auch diesmal nicht, die Sollverteilung einzelner Schichten zu erreichen.

Jedoch konnte in einigen Fällen, z.B. bei alleinlebenden Nichterwerbstätigen, durch die erstmals angewandten, niedrigeren Auswahlsätze das Erhebungssoll der Teilnahmebereitschaft in etwa angepaßt werden.

5. Erhebungsmerkmale

Das Frageprogramm der Einkommens- und Verbrauchsstichproben ergibt sich im wesentlichen aus dem Gesetz über die Statistik der Wirtschaftsrechnungen privater Haushalte vom 11. Januar 1961.

Darüber hinaus versucht man im Rahmen der gegebenen gesetzlichen und finanziellen Möglichkeiten, die Erhebungsmerkmale den aktuellen Bedürfnissen der Konsumenten anzupassen. Durch das Setzen von Schwerpunkten bei der Aufbereitung kann schließlich der Informationsbedarf der Ressorts, der Wissenschaft, der Unternehmen und weiter Kreise der Öffentlichkeit weitgehend erfüllt werden.

Im einzelnen werden bei den Einkommens- und Verbrauchsstichproben folgende Tatbestände erhoben:

- a) Einnahmen der Haushalte nach Quellen
- b) die Verwendung der Einnahmen für
 - den privaten Verbrauch
 - Steuern und Abgaben
 - Beiträge zur Sozialversicherung und zu privaten Versicherungen
 - Rückzahlungen von Schulden, Vermögensbildung und sonstige Zwecke

Es können also die Zusammensetzung des Haushaltseinkommens, die Struktur und Höhe der Aufwendungen für den privaten Verbrauch und der sonstigen Ausgaben sowie die Ersparnisbil-

derung im Detail nachgewiesen werden. Ferner werden Angaben über die Ausstattung der Haushalte mit langlebigen Gebrauchsgütern und über ihre Wohnverhältnisse erhoben. Seit 1969 gehören auch Fragen über Art und Höhe der vorhandenen Vermögensbestände zum Erhebungsprogramm.

Die Fragen nach den Transfereinkommen, die 1978 erstmals gestellt wurden, werden 1983 wiederholt, da diese Daten in der Diskussion um das Netz der sozialen Sicherung von großer Aktualität und Bedeutung sind.

6. Erhebungsverfahren

Die Einnahmen und Ausgaben der an der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe beteiligten Haushalte werden in Anschreibungsbüchern über ein ganzes Jahr hinweg erfaßt. Für die Dauer von 11 Monaten bleiben dabei die Anschreibungen der Ausgaben auf ausgewählte Aufwendungen beschränkt, um die Arbeitsbelastung der Haushalte in einem erträglichen Rahmen zu halten. Diese laufenden Monatsanschreibungen erfolgen in Viermonatsheften, die den Haushalten drei Mal im Jahr zur Verfügung gestellt werden. Die Hefte enthalten somit jeweils die Aufzeichnungen von vier aufeinanderfolgenden Monaten. Nur in einem Monat des Jahres 1983 werden alle Ausgaben in einem Feinanschreibungsheft nachgewiesen. Wichtig ist dabei vor allem, daß jede einzelne Ware möglichst genau beschrieben wird; es dürfen auf keinen Fall Sammelbezeichnungen verwendet werden. Dieser sogenannte Feinanschreibungsmonat wird jedem einzelnen Haushalt nach einem Rotationssystem vorgegeben, wobei darauf geachtet wird, daß in jedem Monat für jede Bevölkerungsschicht etwa ein Zwölftel der erfaßten Haushalte Feinanschreibungen führt. Durch die Kombination von Monats- und Feinanschreibungen wird etwa der gleiche Effekt erzielt, als ob jeder Haushalt ein ganzes Jahr lang Feinanschreibungen geführt hätte, was aufgrund der finanziellen und personellen Gegebenheiten nicht durchführbar ist. Diese Anschreibungen der Haushalte werden ergänzt durch zwei Interviews zu Beginn und zu Ende des Jahres 1983.

Im Rahmen des sogenannten Grundinterviews am Anfang der Erhebung werden insbesondere Informationen über die Zusammensetzung des Haushalts, über die Ausstattung mit langlebigen Gebrauchsgütern und über die Wohnsituation gesammelt.

Gemeinsam mit den Angaben über Einnahmen und Ausgaben liefern diese Informationen wichtige Ergebnisse über die wirtschaftliche und soziale Lage aller Schichten der Bevölkerung (ohne die schon genannten Haushalte von Ausländern, ohne Anstaltsbevölkerung und ohne Haushalte mit besonders hohen monatlichen Haushaltsnettoeinkommen).

Das durch Grundinterview und die Eintragungen in Anschreibungsbüchern vermittelte Bild wird ergänzt durch ein Schlußinterview am Ende der Erhebung. Der Erhebungsbogen dazu wird hauptsächlich Fragen über die Vermögensbestände und die Ersparnisbildung sowie über Verpflichtung der Haushalte aus Krediten enthalten. Über die endgültige Fassung dieses Schlußinterviews wird erst im Laufe des Jahres 1983 entschieden, um noch möglichst aktuelle Fragestellungen aufnehmen zu können.

7. Organisation und Ablauf

Sowohl das Statistische Bundesamt als auch die Statistischen Landesämter sind für die Durchführung der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe zuständig. Der Arbeitsschnitt zwischen den Beteiligten sieht dabei wie folgt aus:

Vom Statistischen Bundesamt wird die Stichprobe methodisch und technisch vorbereitet, wobei der Stichprobenplan bzw. das Erhebungssoll und die Aufbereitungsprogramme erstellt werden. Ferner überwacht das Bundesamt als Zentralstelle die termingerechte und einheitliche Durchführung der Erhebung durch die Länder. Auch die gesamte Aufbereitung der Daten und die Veröffentlichung der für den Bund ermittelten Ergebnisse obliegt dem Bundesamt.

Die eigentlichen Erhebungsarbeiten sind Aufgabe der Statistischen Landesämter. Dazu gehören

1. die Werbung der Haushalte
2. die Werbung und Schulung der Interview-

wer, die Grund- und Schlußinterview durchführen, den Haushalten die Anschreibungsbücher aushändigen, die notwendigen Hinweise geben und ihnen beim Ausfüllen behilflich sind. Außerdem sollen sie ein persönliches Vertrauensverhältnis mit den von ihnen betreuten Haushalten herstellen und dadurch eventuelle Bedenken gegen einen Mißbrauch der Angaben bzw. eine zu große Arbeitsbelastung vermeiden.

3. die Kontrolle der Vollständigkeit und Brauchbarkeit der von den Haushalten gemachten Angaben und die Erledigung notwendiger Rückfragen.

Nach der Datenerfassung schließt sich die Aufbereitung der in der Stichprobe gewonnenen Daten und die bundesweite Auswertung an.

8. Aufbereitung und Auswertung der Ergebnisse

Wie bereits erwähnt, ist das Statistische Bundesamt für die gesamte Aufbereitung zuständig.

Da Fehler in den Anschreibungen einzelner Haushalte aufgrund der niedrigen Auswahlsätze das Gesamtergebnis beeinflussen können, wird eine zentrale Bearbeitung für notwendig gehalten, um dadurch alle Einzelangaben einheitlich auf Plausibilität prüfen zu können. Dies wäre bei einer Aufbereitung durch die elf Länder schwer durchführbar, denn aufgrund der komplexen Möglichkeiten von Einkommenserzielung und Einkommensverwendung ist die Erstellung eines detaillierten Arbeits- und Prüfungsschemas nur bedingt möglich. Folglich wäre die einheitliche Behandlung von Zweifelsfragen mit teilweise enormem Zeitaufwand verbunden, was sich auf die Fertigstellung und damit die Aktualität der Ergebnisse nachhaltig auswirken würde.

Grundlage für die Ermittlung der Sollzahlen zur Einkommens- und Verbrauchsstichprobe ist, wie eingangs erläutert der Mikrozensus des jeweiligen Vorjahres, der eine Aufteilung der privaten Haushalte nach der sozialen Stellung des Haushaltsvorstands, nach der Haushaltsgröße und nach dem Haushaltsnettoeinkommen ermöglicht. Die Ergebnisse des Mikrozensus werden daher auch zur Hochrechnung der Stichprobenergebnisse auf die Grundgesamtheit herangezogen, wobei mittels der Formel

Mikrozensushaushalte Erfasste Haushalte

für jede Schicht ein Hochrechnungsfaktor ermittelt wird.

Marie-Luise Kunz
Dipl. Mathematikerin

Abriß der Bundestagswahl am 6. März 1983

Am 6. März 1983 waren im Saarland 840 803 Bundesbürger und -Bürgerinnen aufgerufen, von ihrem Wahlrecht Gebrauch zu machen, das sind 1,3 % mehr als bei der letzten Bundestagswahl 1980. Die Zunahme resultierte aus dem großen Potential der Jungwähler, basierend auf den geburtsstarken Jahrgängen 1962 — 65.

Neun Zehntel (90,6 %) aller Wahlberechtigten übten ihr Wahlrecht aus. Damit lag die Beteiligungsquote um 1,5 %-Punkte über dem Bundesdurchschnitt und erreichte das Niveau der Bundestagswahl 1980. Unter den Bundesländern befand sich das Saarland mit Rheinland-Pfalz zusammen in der Spitzenposition, gefolgt von Hessen (90,2 %).

Am Wahlsonntag, 7 000 Wahlhelfer befanden sich im Saarland im Einsatz, lief die Wahlbeteiligung recht schleppend an. So wurde in den Stichprobenbezirken um 10.00 Uhr erst eine Wahlbeteiligung (ohne Briefwähler) von 9,1 % gemeldet (1980: 12,1 %). Auch gegen 12.00 Uhr, 29,3 % der Wahlberechtigten hatten ihre Stimme abgegeben, war das Ergebnis von 1980 (31,7 %) noch nicht erreicht. Der Landeswahlleiter konnte erst um 14.30 Uhr mit 53,8 % Gleichstand zur Vorwahl (53,5 %) vermelden, was auch für die Wahlbeteiligungsmeldung um 17.00 Uhr mit 83,2 % (83,9 %) gilt.

Zur Feststellung des vorläufigen Endergebnisses und für statistische Auswertungen meldete die erste Gemeinde, Kirkel, gegen 19.30 Uhr ihr Wahlergebnis an das Statistische Landesamt. Anschließend trafen die Wahlergebnisse zügig ein und wurden mit der Meldung der letzten Gemeinde, Sulzbach, um 21.46 Uhr abgeschlossen. Damit war das Saarland das erste Bundesland mit einem vorläufigen amtlichen Endergebnis, das kurz nach 22.00 Uhr von dem Landeswahlleiter verkündet wurde.

Bei den Auszählungen am Wahlabend in den rund 1 000 Wahlbezirken ergab sich folgendes Ergebnis:

Von den gültigen Zweitstimmen, die für eine Verteilung der Bundestagssitze entscheidend sind, entfielen 44,8 % (+ 2,5 %) auf die CDU, 43,8 % (— 4,5 %) auf die SPD, 6 % (— 1,8 %) auf die F.D.P. und 4,8 % (+ 3,7 %) auf die GRÜNEN. Damit wurde die CDU wieder zur stärksten politischen Kraft.

Während die Zahl der Zweitstimmen dafür maßgebend ist, wieviel Abgeordnete die einzelnen Parteien in den Bundestag entsenden können, gelten die Erststimmen der Wahl eines Wahlkreisabgeordneten. Mit dieser Stimme kann der Wähler konkret (direkt) eine personelle Entscheidung treffen.

Auf das Saarland entfallen von den 248 Bundestagswahlkreisen fünf. Drei dieser Wahlkreise gewann die CDU direkt, in zwei war die SPD erfolgreich.

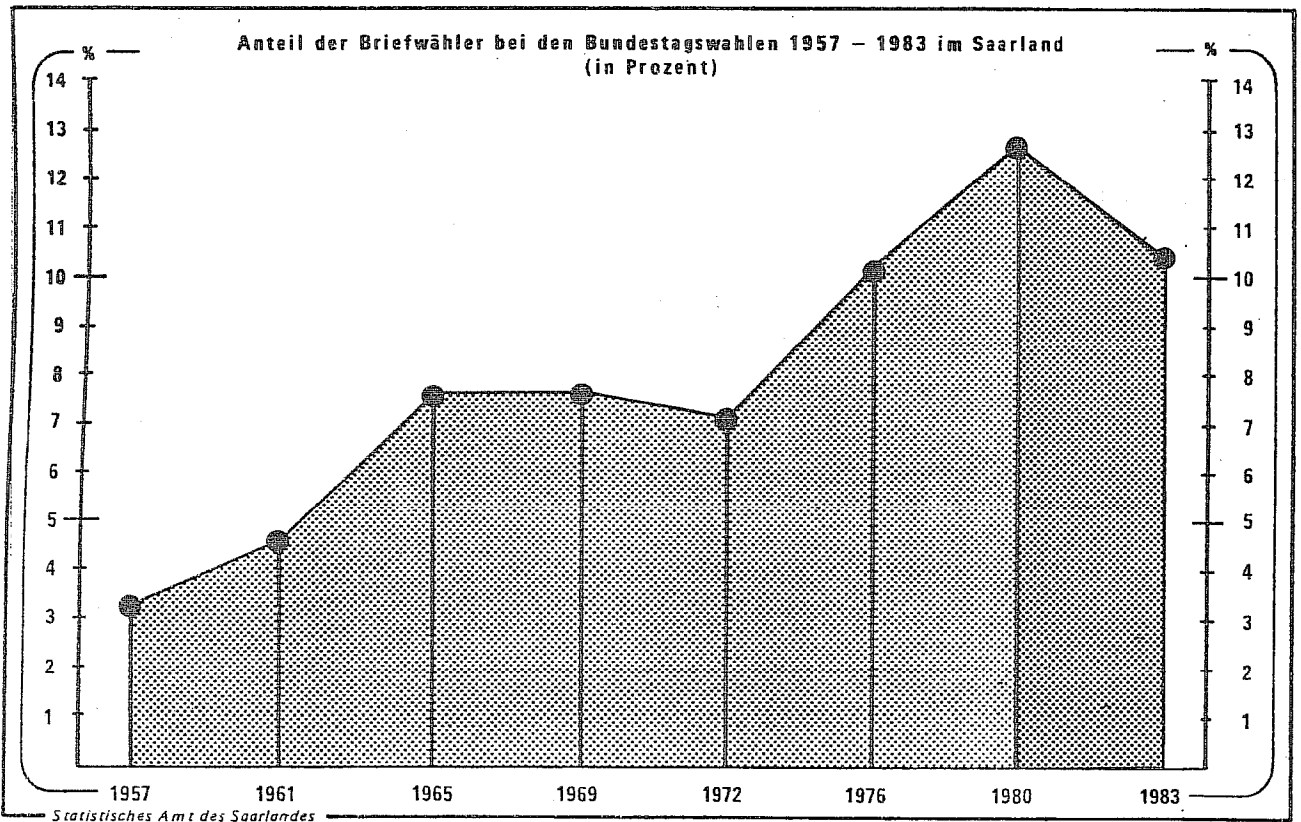
Die Direktmandate der CDU konnten Hans-Werner Müller im Wahlkreis Saarlouis (246) und Johannes Ganz im Wahlkreis St. Wendel (247) mit absoluten Mehrheiten von 51,2 % bzw. 51,5 % für sich verbuchen. Der Wahlkreis Saarbrücken II (245) wurde nach Meinung politischer Beobachter überraschend von Franz-Josef Conrad mit 47,2 % der gültigen Stimmen gewonnen.

Absolut und prozentual war der Vorsprung des im Wahlkreis Saarlouis (246) siegreichen Direktkandidaten mit 11 946 Stimmen und 7,9 %-Punkten am größten.

Die Bewerber der SPD konnten in den von ihnen gewonnenen Wahlkreisen ihren Mitkonkurrenten nur mit relativen Mehrheiten den direkten Weg in den Bundestag verwehren; dabei reduzierte sich ihr Stimmenvorsprung jeweils um mehr als 10 000 Stimmen.

Bei der Bundestagswahl 1983 lag der Erststimmenanteil sowohl bei der CDU (+ 1,8 %) als auch bei der SPD (+ 2,5 %) deutlich über dem Anteil der Zweitstimmen. Für die F.D.P. und die GRÜNEN gilt umgekehrt, daß ihr Anteil an den Zweitstimmen um 3,5 % bzw. 1,8 % über dem Anteil der Erststimmen lag. Hieraus und durch die politische Diskussion im Vorfeld der Bundestagswahl — eine genaue Analyse wird die repräsentative Wahlstatistik liefern — läßt sich schließen, daß die Wähler rege von der Möglichkeit des Stimmensplittings Gebrauch gemacht haben und der "Zweitstimmenbonus" für die F.D.P. besonders groß war (1980: 2,4 %).

Die Anzahl der Briefwähler bei den Bundestagswahlen stieg seit 1957 von damals rund 3 % auf 12,6 % im Jahr 1980. Dieser Anstieg wurde 1983 gestoppt. Am 6. März 1983 nah-

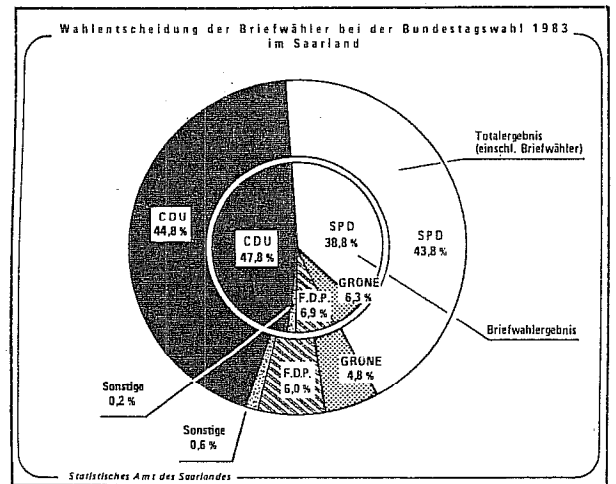


men nur noch 10,4% der Wahlberechtigten ihr Recht der Briefwahl in Anspruch. Aufgeteilt nach Wahlkreisen gelten folgende Werte: Saarbrücken I 13,2%, Saarbrücken II 10,5%, Saarlouis 9,4%, St. Wendel 9,1% und Homburg 10,5%.

Da das Interesse der Bevölkerung an der Bundestagswahl 1983 höher einzuschätzen war als 1980, kann als Erklärung für die rückläufige Zahl der Briefwähler nur die Tatsache angeführt werden, daß der Wahltermin weder in die Ferienzeit noch in eine besondere Urlaubszeit fiel, so daß weniger Bundesbürger abwesend waren.

Die Wähler, die sich an der Briefwahl beteiligten, unterschieden sich im Wahlverhalten von den Urnenwählern. So erzielten CDU, F.D.P. und GRÜNE bei den Briefwählern 47,8%, 6,9% bzw. 6,3%, wohingegen ihr Anteil an den Urnenstimmen um 3%, 0,9% bzw. 1,5 %-Punkte niedriger war. Demnach erreichte die SPD in den Wahllokalen bessere Ergebnisse als über die Briefwahl. Hier betrug ihr Anteil 38,8% (— 5 %-Punkte).

Grafik 2



Johannes Barth
Dipl. Mathematiker

Leistungsgrößen und Strukturmerkmale für Unternehmen und Betriebe 1979

Methode und Ergebnisse des Zensus im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe

1. Zielsetzung des Zensus
2. Abgrenzung und Berechnung des Nettoproduktionswertes
 - 2.1. Zusammenhang mit den Größen der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung
 - 2.2. Struktur der Leistungsgrößen nach Wirtschaftshauptgruppen
3. Ergebnisse für Unternehmen
 - 3.1. Saarland und Bundesgebiet im Vergleich
 - 3.2. Unternehmens- und Wirtschaftsstruktur
4. Ergebnisse für Betriebe
 - 4.1. Saarland und Bundesgebiet im Vergleich
 - 4.2. Betriebs- und Wirtschaftsstruktur
5. Betriebs- und Unternehmensverflechtungen

1. Zielsetzung des Zensus

Durch die 1977 begonnene Reform der Statistiken des Produzierenden Gewerbes wurden die einzelnen Erhebungen stärker in ein Gesamtkonzept eingebaut. Als Grobgliederung sind die monatlichen und vierteljährlichen Erhebungen, die mehr den Charakter von kurzfristigen Konjunkturstatistiken haben, von den jährlichen oder mehrjährigen Erhebungen zu unterscheiden, die Strukturdaten liefern. Zielsetzung der durchgeführten Neuordnung war es, auch die Berichtskreise und die Merkmalsabgrenzungen aufeinander abzustimmen, so daß die Verknüpfung und Zusammenführung der Teilerhebungen grundsätzlich möglich wird. Zum einen werden hierdurch neue Möglichkeiten der analytischen Auswertung eröffnet, zum anderen erlaubt dies den Verzicht auf die Erhebung einiger Merkmale und fördert damit die Entlastung der Auskunftspflichtigen. Mit dem Konzept der Kartei im Produzierenden Gewerbe und den neu aufeinander

der abgestimmten Erhebungen konnten vor allem Mehrfachbefragungen über gleiche Merkmale vermieden werden.

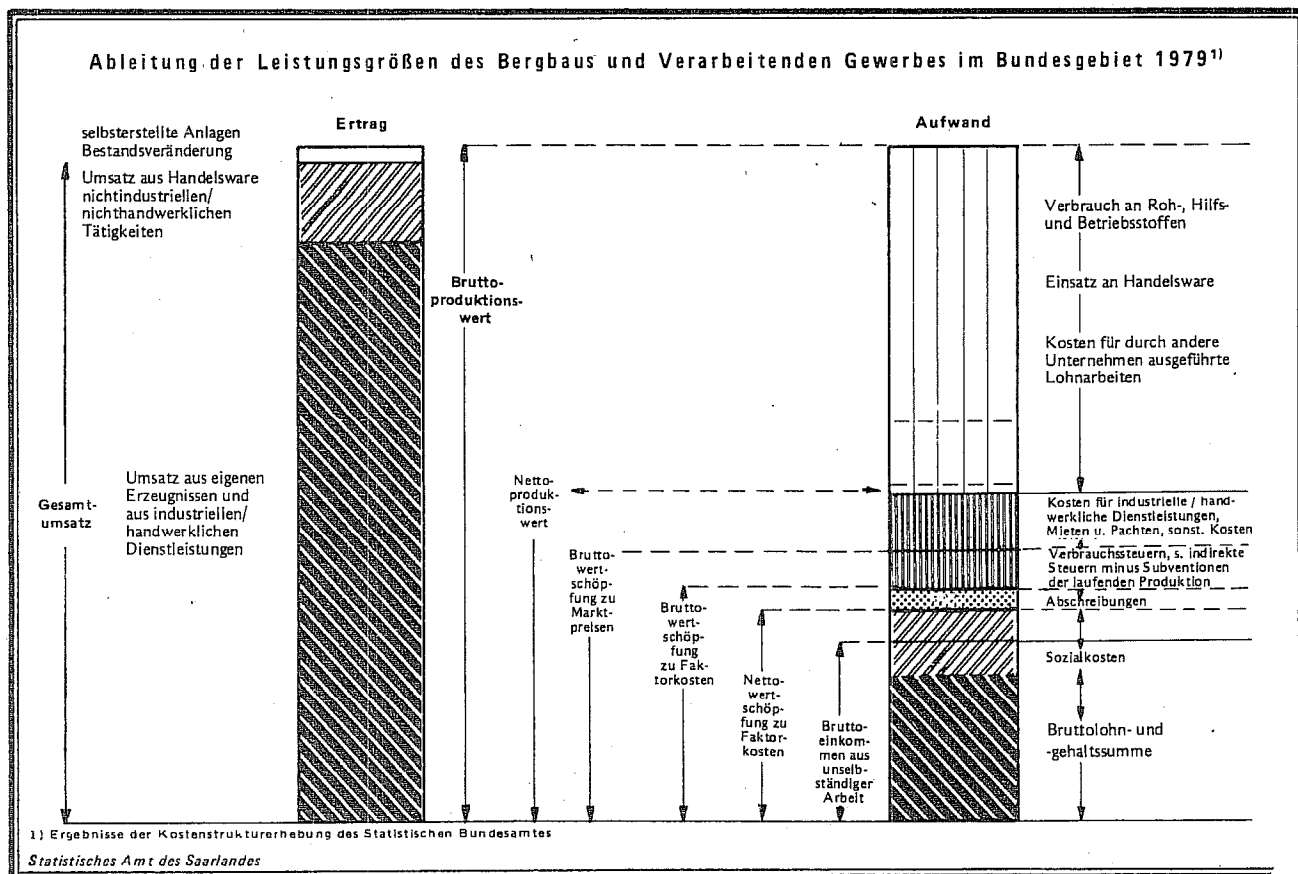
Primäre Zielsetzung des in vier- bis sechsjährigen Abständen durchzuführenden Zensus im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe, ist die Bestimmung von Leistungsgrößen in der Abgrenzung "Bruttoproduktionswert" und "Nettoproduktionswert."

Der Zensus liefert für die einzelnen Bundesländer originär erhobene Nettoproduktionswerte für Unternehmen. Die durch Schätzung gewonnenen Nettoproduktionswerte für Betriebe dienen unter anderem der Neubasierung des Nettoproduktionsindex. Der Zensus 1979 wurde bei allen Unternehmen des Bergbaus und Verarbeitenden Gewerbes mit mehr als 20 Beschäftigten durchgeführt. Er bietet damit auch die Möglichkeit, Nettoproduktionswerte in regionaler und wirtschaftssystematischer Gliederung nachzuweisen.

Auf Grund der erhobenen Merkmale kann vom Bruttoproduktionswert lediglich ein Großteil der Vorleistungen, jedoch nicht alle, abgezogen werden. Der so berechnete Nettoproduktionswert entspricht noch nicht der Nettowertschöpfung im Sinne der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung. Die zur Ableitung dieser Größe zusätzlich abzuziehenden Vorleistungselemente sind lediglich für die im Rahmen einer Stichprobe (Kostenstrukturerhebung) durch das Statistische Bundesamt befragten Unternehmen verfügbar. Die repräsentative Stichprobe der Kostenstrukturerhebung wird vom Statistischen Bundesamt zwar hochgerechnet, ist jedoch nicht regionalisierbar für kleine Gebietseinheiten.

Damit ist der Zensus die einzige Erhebung, die den tiefgliederten regionalen Nachweis von Nettoproduktionswerten ermöglicht.

Im Gegensatz zum vorletzten Zensus 1967 wurde für 1979 kein originär bei den Betrieben erhobener Nettoproduktionswert ermittelt. Die für Betriebe nachgewiesenen Nettoproduktionswerte sind mit Hilfe der anteiligen Bruttolohn- und -gehaltssumme aus dem Unternehmensergebnis abgeleitet. Zum einen ist die Möglichkeit der Erhebung eines Nettoproduktionswertes bei den Betrieben auf Grund der Beschränkungen des betrieblichen Rechnungswesens und der Auskunftsbereitschaft begrenzt, zum anderen ist bei der Zielsetzung des Nachweises regionaler Strukturen die Beschränkung auf Unternehmensdaten unzureichend. Der gefundene Weg stellt einen Kompromiß dar zwischen den Möglichkeiten der Datengewinnung und der Zielsetzung des Nachweises regionaler Strukturen.



2. Abgrenzung und Berechnung des Netto-produktionswertes¹⁾

2.1. Zusammenhang mit den Größen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung

Zielsetzung der Reform der Statistiken im Produzierenden Gewerbe war die Entwicklung eines konsistenten Berichtssystems, das auch die Ableitung und Verknüpfung der Leistungsgrößen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung erleichtert. Nachfolgend werden daher die im Zensus ermittelten Leistungsgrößen im Kontext der Größen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung dargestellt. Die Daten entstammen dabei zumeist den Ergebnissen der Kostenstrukturerhebung für das gesamte Bundesgebiet.

Die Berechnung der Leistungsgrößen des Zensus im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe startete zunächst mit der Bestimmung des Bruttoproduktionswertes. Der Bruttoproduktionswert des einzelnen Unternehmens entspricht weitgehend dem Begriff der Gesamtleistung in der Gewinn- und Verlustrechnung. Den gewichtigsten Posten auf der Ertragsseite des Bruttoproduktionswertes stellt der Umsatz aus eigenen Erzeugnissen und aus industriellen und handwerklichen Dienstleistungen dar. Sein Anteil beträgt im Bundesdurchschnitt 85 Prozent, streut aber sehr stark zwischen den einzelnen Wirtschaftszweigen und Unternehmen.

Für das Saarland ergibt sich ein etwas niedrigerer Anteil. Der Umsatz aus Handelsware hat im Bundesgebiet einen Anteil von 12 Prozent am Bruttoproduktionswert. Der Anteil des Umsatzes aus sonstigen nicht industriellen und nicht handwerklichen Tätigkeiten liegt bei 1 Prozent, ebenso der Anteil der Bestandsveränderung aus unfertigen und fertigen Erzeugnissen aus eigener Produktion.

Weniger als ein Prozent entfällt auf die selbsterstellten Anlagen. Insgesamt kann also davon ausgegangen werden, daß mit dem Umsatz aus eigenen Erzeugnissen, aus industriellen und handwerklichen Dienstleistungen und dem Handelsumsatz der wesentliche Teil des Bruttoproduktionswertes bereits erfaßt ist.

Der Übergang vom Bruttoproduktionswert zum Nettoproduktionswert erfolgt durch den Abzug der größten Vorleistungskomponenten, die nicht als Vorleistung des jeweiligen Unternehmens oder Wirtschaftszweiges anzusehen sind.

¹⁾ Die Angaben für das Bundesgebiet entstammen in diesem Kapitel der vom Statistischen Bundesamt durchgeführten Kostenstrukturerhebung und sind der Veröffentlichung Fachserie 4: Produzierendes Gewerbe, Reihe 4.3.: Kostenstruktur der Unternehmen im Bergbau und im Verarbeitenden Gewerbe 1979, Hrsg.: Statistisches Bundesamt 1981, entnommen.

Bruttoproduktionswert

- Verbrauch an Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffen
- Einsatz an Handelsware
- Kosten für durch andere Unternehmen ausgeführte Lohnarbeiten

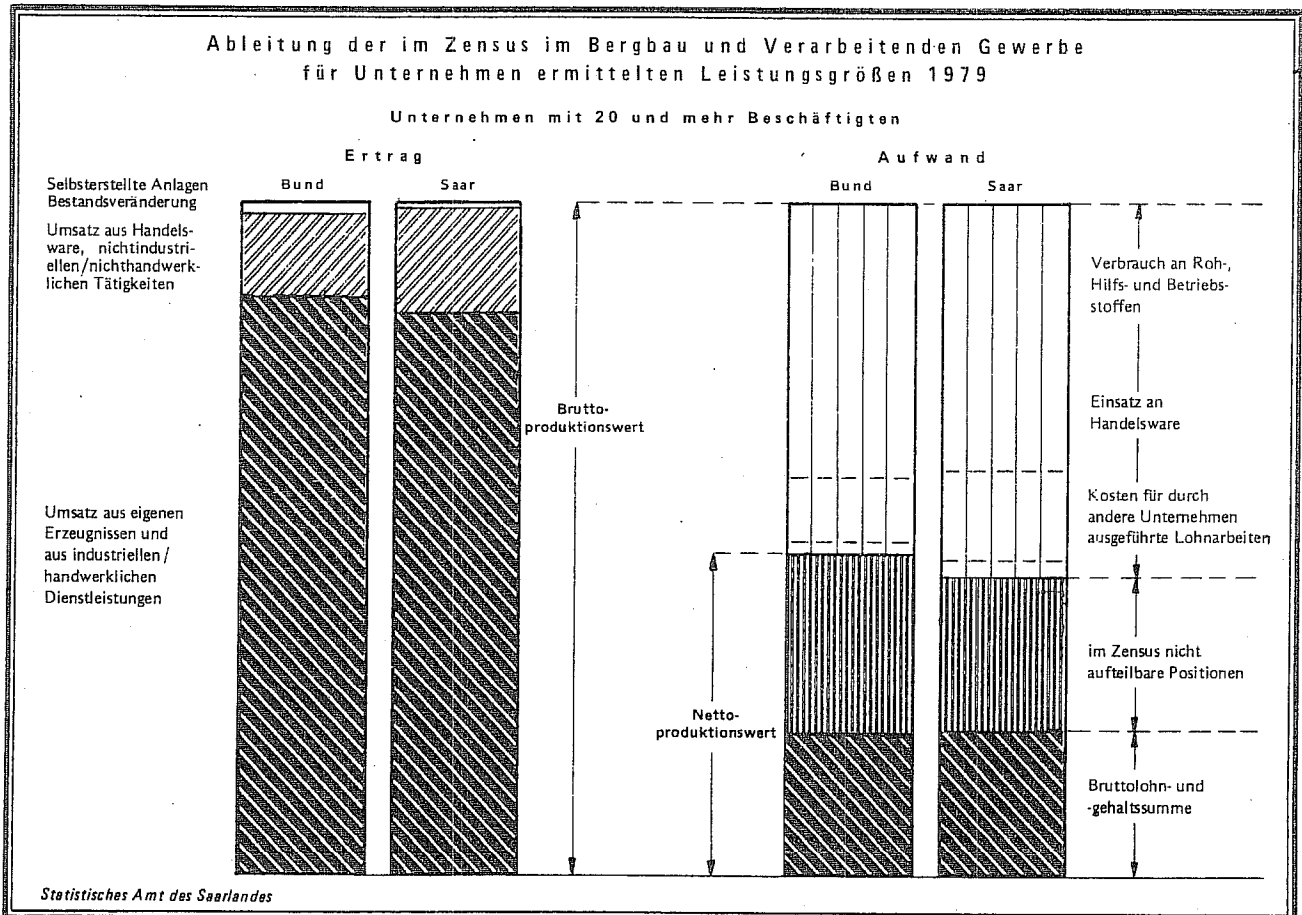
= Nettoproduktionswert

Für den Gesamtbereich Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe sind damit nicht ganz 80 Prozent der Vorleistungen anderer Unternehmen, einschließlich Abschreibung, abgedeckt. Beim Übergang zur Nettowertschöpfung zu Faktorkosten sind neben den sonstigen im Zensus nicht erfaßten Vorleistungen, noch die Verbrauchssteuern und sonstige indirekte Steuern, vermindert um die Subventionen für die laufende Produktion, abzuziehen. 1979 hatte die Größe Verbrauchssteuern, sonstige indirekte Steuern minus Subventionen auf die laufende Produktion einen Anteil von 4 Prozent am Bruttoproduktionswert des Bergbaus und Verarbeitenden Gewerbes. Gerade hier muß jedoch darauf hingewiesen werden, daß es sich um einen Durchschnittswert handelt, der sehr stark streuen kann. Ein deutliches Beispiel hierfür ist die Mineralölverarbeitung mit einem Anteil von 17 Prozent. Insgesamt gestaltet sich der Übergang vom Nettoproduktionswert zur Wertschöpfung als nicht unproblematisch.

Auf der anderen Seite ist auch über die funktionelle Einkommensverteilung eine Annäherung an die Nettowertschöpfung möglich. Im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe wurden 1979 rund 84 Prozent der Nettowertschöpfung zu Faktorkosten als Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit verteilt. Auf die Bruttolohn- und -gehaltssumme, einschließlich Heimarbeiterlöhne, die an den Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit einen Anteil von rund 82 Prozent haben, entfielen damit rund 70 Prozent. Der Anteil der Bruttolohn- und -gehaltssumme am Nettoproduktionswert belief sich 1979 im Bundesgebiet auf 45 Prozent. Während der Anteilwert der Bruttolohn- und -gehaltssumme an den Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit in den letzten Jahren nur geringfügig schwankte, ergeben sich beim Anteil an der Nettowertschöpfung nicht unerhebliche Schwankungen, die teilweise durch kurzfristige Veränderungen der Verteilungsrelationen bedingt sind.

Unter Berücksichtigung der zu machenden Einschränkungen kann der Anteil der Bruttolohn- und -gehaltssumme am Nettoproduktionswert als erstes Indiz für eine höhere oder niedrigere Arbeitsintensität bzw. als deren Kehrwert, Kapitalintensität, interpretiert werden. Gestört wird dieser Vergleich jedoch durch die unterschiedliche Bedeutung der im

Grafik 2



Zensus nicht erfaßten Vorleistungen und der differierenden Belastung durch Verbrauchssteuern und sonstige indirekte Steuern. Dies stört sowohl den intersektoralen, als auch den intertemporalen Vergleich. Steuerrechtsänderungen, Verschiebungen zwischen einzelnen Steuerarten, Änderungen in der Steuerbelastung und der Sozialabgabenbelastung führen hier zu Verzerrungen. Die Interpretation entsprechender Kennzahlen sollte daher diese Faktoren auf jeden Fall berücksichtigen.

2.2. Struktur der Leistungsgrößen nach Wirtschaftshauptgruppen

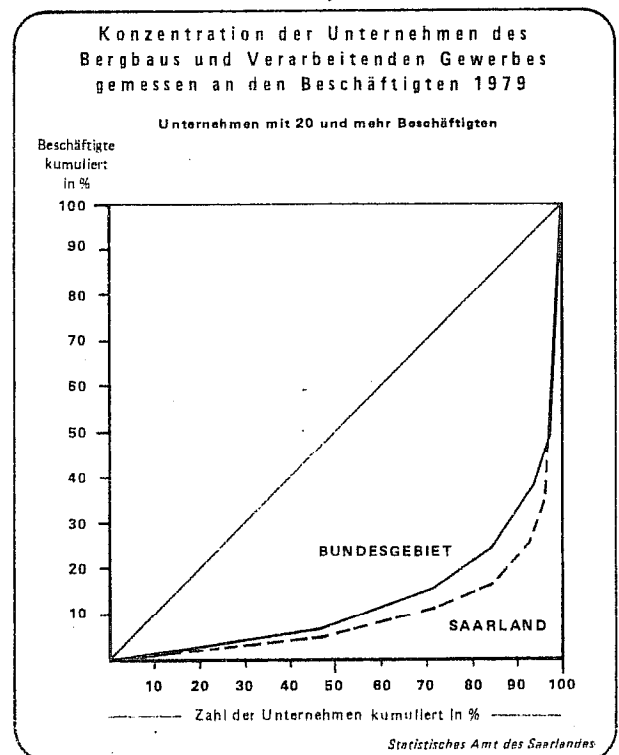
Eine Untergliederung der zuvor angesprochenen Kennzahlen nach Wirtschaftshauptgruppen ergibt bereits ein sehr differenziertes Bild. Im Bundesgebiet schwankt die Nettoquote, der Anteil des Nettoproduktionswertes am Bruttoproduktionswert, zwischen 38,0 % im Nahrungs- und Genußmittelgewerbe, 51,0 % im Verbrauchsgüter produzierenden Gewerbe, 44,1 % im Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe, 52,2 % im Investitionsgüter produzierenden Gewerbe und 66,8 % im Bergbau. Im Saarland ergibt sich eine andere Reihenfolge, die teilweise durch das unterschiedliche Gewicht einzelner Wirtschaftszweige und unterschiedliche Handelsanteile erklärt werden kann. Für einen Teil führt bereits die Bereinigung um die Handelsumsätze zu einer Annäherung der Nettoquoten, so für das Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe, das Investitionsgüter produzierende Gewerbe und den Bergbau.

Ebenfalls starke Schwankungen ergeben sich, wenn die Zusammenhänge einzelner Leistungsgrößen untersucht werden. Der Anteil der Bruttowertschöpfung zu Marktpreisen am Nettoproduktionswert belief sich nach den Angaben der Kostenstrukturerhebung 1979 für den Gesamtbereich Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe im Bundesgebiet auf 82,2 %. Das heißt, beim Übergang vom Nettoproduktionswert zur Bruttowertschöpfung werden 22,2 % zusätzliche Vorleistungen abgezogen; anders ausgedrückt: die beim Übergang vom Bruttoproduktionswert zum Nettoproduktionswert abgezogenen Vorleistungen decken 83,4 % der gesamten Vorleistungen ab, 16,6 % sind noch nicht berücksichtigt.

Mit den im Zensus nachgewiesenen Vorleistungen wurden 1979 im Bundesgebiet für das Verbrauchsgüter produzierende Gewerbe 82,2 %, für das Investitionsgüter produzierende Gewerbe 83,3 %, für das Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe 83,8 %, für das Nahrungs- und Genußmittelgewerbe 87,0 % und für den Bergbau 60,2 % aller Vorleistungen abgedeckt.

Für 1979 beträgt im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe der Anteil der Nettowertschöpfung am Nettoproduktionswert im Bundesgebiet 64,4 %. Nach Wirtschaftszweigen betrachtet schwankten die Anteilswerte hier erheblich. Hat die Nettowertschöpfung in der Mineralölverarbeitung nur einen Anteil von 28,0 % und in der Tabakverarbeitung sogar nur von 9,4 % am Nettoproduktionswert, so betragen die Anteile hingegen in der Eisenschaffenden Industrie 63,5 %, im Stahlbau 73,8 %, im Maschinenbau 72,5 %, im Straßenfahrzeugbau 73,2 % und im Schiffbau 79,5 %. Wenn die Werte auch zwischen den Wirtschaftshauptgruppen stark schwanken, so fallen die Schwankungen für dieselbe Hauptgruppe zwischen den Jahren gering aus.

Grafik 3



3. Ergebnisse für Unternehmen

3.1. Saarland und Bundesgebiet im Vergleich

Der Zensus im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe erstreckte sich im Bundesgebiet auf 36 873 Unternehmen¹⁾, im Saarland auf 444. Damit entfallen auf das Saarland 1,2 % der Unternehmen, 1,6 % des Bruttoproduktionswertes und 1,5 % des Nettoproduktionswertes. Die Nettoquote im Bundesgebiet betrug 48,1 %, im Saarland 44,1 %. Wird die saarländische Nettoquote um die Handelsumsätze bereinigt, steigt sie auf 49,9 %, im Bundesgebiet auf 52,1 %. Das be-

1) Wartenberg, E., Ergebnisse des Zensus im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe für das Jahr 1979 in *Wirtschaft und Statistik*, Heft 12/1982, Hrsg.: Statistisches Bundesamt 1982, S. 889ff.

deutet, daß bereits ein Großteil der Differenzen über einen höheren Handelsanteil erklärt werden kann.

Eine weitere Differenz kann aus der grundlegend verschiedenen Wirtschaftsstruktur begründet werden. Die drei größten Wirtschaftszweige des Bundesgebietes vereinigen rund zwei Drittel der Leistungsmerkmale auf sich. Die gleichen Wirtschaftszweige haben im Saarland einen bedeutend geringeren Anteil. Nachfolgend die Anteilswerte der drei Wirtschaftszweige Maschinenbau, Elektrotechnik und Straßenfahrzeugbau am Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe:

Bundesgebiet	Saarland	Anteil an
37 %	12 %	Beschäftigten
33 %	11 %	Nettoproduktionswert
39 %	11 %	Bruttolohn- u. -gehaltssumme
32 %	14 %	Investitionen

Für die auf Unternehmensebene im Saarland größten Wirtschaftszweige Eisenschaffende Industrie, Bergbau, Feinkeramik ergibt sich folgendes Bild:

Bundesgebiet	Saarland	Anteil an
8 %	50 %	Beschäftigten
7 %	52 %	Nettoproduktionswert
8 %	53 %	Bruttolohn- u. -gehaltssumme
9 %	56 %	Investitionen

Schon diese Zahlen unterstreichen, daß das Saarland von den hier ansässigen Unternehmen her eine ganz andere Struktur aufweist als das Bundesgebiet.

Ein ähnliches Bild ergibt sich, wenn wir die Hauptgruppen betrachten. Die Unternehmen des Bergbaus und des Grundstoff- und Produktionsgütergewerbes haben im Bund einen Anteil am Nettoproduktionswert von 32,2 %, im Saarland von 57,0 %. Doch hierin wird der Strukturunterschied noch nicht voll sichtbar. Der im Bundesgebiet durchaus gewichtige Wirtschaftszweig Chemische Industrie ist im Saarland nur schwach vertreten, der Montansektor demgegenüber aber weiterhin überproportional. In der Abgrenzung Bergbau und Eisenschaffende Industrie entfallen im Saarland auf den Montansektor 45,5 % bei lediglich 7,1 % des Nettoproduktionswertes im Bundesgebiet.

Wenn in diesem Abschnitt der saarländische Straßenfahrzeugbau nicht als gewichtiger Wirtschaftszweig angeführt wird, so liegt dies an der Betrachtung im Rahmen des Unternehmenskonzeptes. Die wesentlichen Betriebsstätten des saarländischen Straßenfahrzeugbaus sind Zweigniederlassungen von Unternehmen mit Sitz im übrigen Bundesgebiet.

3.2. Unternehmens- und Wirtschaftsstruktur

In einer regionalen Analyse, insbesondere im Verarbeiten der Gewerbe, kommt Unternehmensdaten nur eine begrenzte Aussagefähigkeit zu, auch wenn sie ein Indiz für die Verteilung von Entscheidungskompetenz und das Vorhandensein entsprechender Verwaltungsabteilungen sein können. Der Versuch, vom Unternehmenssitz auf die regionale Bindung zu schließen, ist problematisch. Zum einen können juristisch selbständige Unternehmen stark in die Entscheidungsstrukturen eines größeren Konzerns eingebunden sein, zum anderen kann auch an unselbständige Betriebsstätten innerhalb eines Unternehmens Entscheidungskompetenz auf weiten Gebieten delegiert sein.

Interessant ist auch die Aufteilung nach Rechtsformen, die den in den letzten Jahrzehnten zu beobachtenden Trend zur Kapitalgesellschaft und damit zur Haftungs- und Risikobegrenzung deutlich unterstreicht. Bevorzugte Rechtsform ist dabei die GmbH, mit deutlichem Abstand gefolgt von der Personengesellschaft als Einzelfirma und der GmbH u. Co.KG als Kombination der Vorteile der Personengesellschaft mit denen der Kapitalgesellschaft, letzteres auch hinsichtlich der Risikobegrenzung. Von den 444 im Saarland erfaßten Unternehmen des Bergbaus und Verarbeitenden Gewerbes mit 20 und mehr Beschäftigten, wurden 276 als Kapitalgesellschaft, darunter allein 268 als GmbH, geführt. An der Zahl der Unternehmen gemessen hat die GmbH einen Anteil von 60 Prozent. Die Rechtsform der Einzelfirma findet sich überwiegend nur noch bei kleineren Unternehmen. Deutlich wird der Trend auch, wenn man sich die Anteilswerte der Kapitalgesellschaften nach einzelnen Merkmalen betrachtet:

Unternehmen	62,2 %
Beschäftigte	78,5 %
Nettoproduktionswert	80,7 %
Investitionen	82,1 %
Bruttoproduktionswert	84,5 %

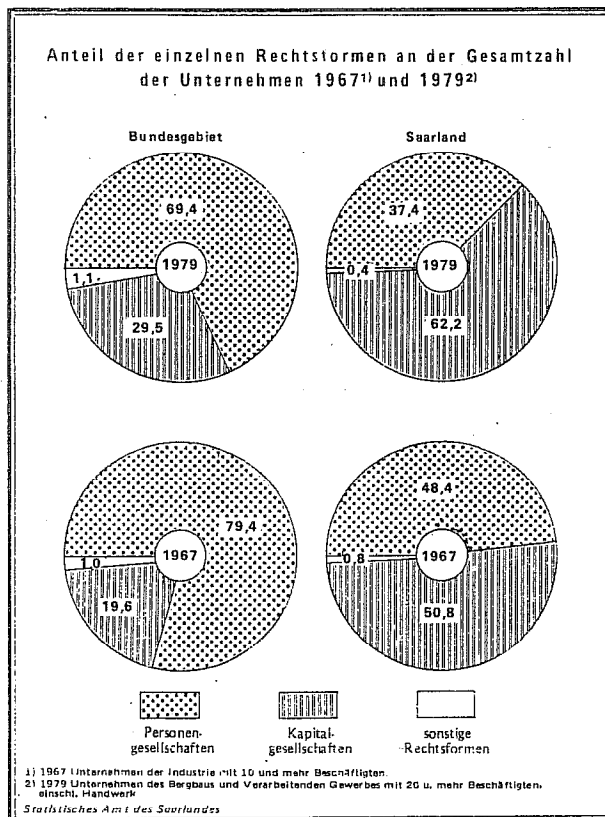
Als ein entscheidender Grund für die Bildung einer Kapitalgesellschaft muß hier natürlich auch die Kapitalbeschaffung angeführt werden.

Diese Gründe dürften jedoch allein nicht genügen, wie ein Vergleich zu 1967 zeigt. Im Bezug auf die hier benötigte Grobgliederung hat sich die Größenklassenstruktur der Unternehmen nicht all zu gravierend geändert. Trotzdem stieg der Anteil der als GmbH geführten Unternehmen von 50 auf 60 Prozent um ein Fünftel. Im Bundesgebiet wurden 1967 fast 79 Prozent der Unternehmen als Personengesellschaft geführt, bei lediglich 48 Prozent im Saarland. Für 1979 liegt

der Anteil der Personengesellschaften mit 37 Prozent im Saarland deutlich unter dem des Bundesgebietes mit 69 Prozent. Wenn auch die Unternehmen mit zunehmender Größe dazu tendieren, die Rechtsform der Personengesellschaft zu verlassen, so genügt dies bei weitem noch nicht, den bereits seit Jahrzehnten bestehenden Unterschied zwischen Bund und Saar zu erklären.

Trotzdem kann festgestellt werden, daß den größeren Unternehmen im Saarland ein höheres Gewicht zukommt als im Bundesgebiet. Die Gründe liegen nur zum Teil im überproportionalen Gewicht von Bergbau und Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe, die zu größeren Unternehmen neigen. Hier ist auch im Bundesgebiet eine starke Unternehmenskonzentration festzustellen. Während die Eisenschaffende Industrie im Saarland das Bild prägt, wird dieses im Bundesgebiet durch die Großchemie bestimmt. Im Nahrungs- und Genußmittelgewerbe ist die Unternehmensgrößenstruktur des Saarlandes weitgehend gleich mit der des Bundesgebietes. Die geringere Konzentration im Investitionsgüter produzierenden Gewerbe ist zum Teil durch das Fehlen der ganz großen Investitionsgüterhersteller bedingt.

Grafik 4



4. Ergebnisse für Betriebe

4.1. Saarland und Bundesgebiet im Vergleich

Wenn auch für die Betriebe 1979 kein eigener Zensus in

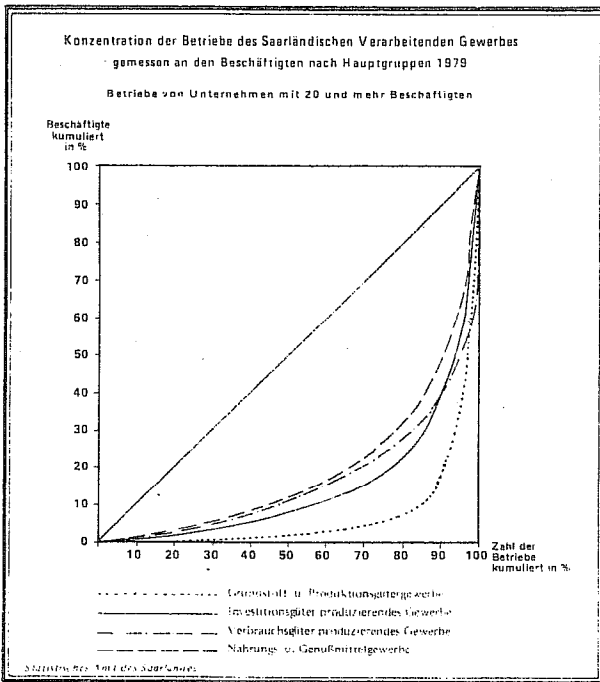
Form einer Primärerhebung durchgeführt wurde, so können doch aus den zugesteuerten Daten Ergebnisse abgeleitet werden. Der auf Unternehmensebene berechnete Nettoproduktionswert wurde proportional zur anteiligen Bruttolohn- und -gehaltssumme auf die zum Unternehmen gehörenden Betriebe aufgeteilt. Bruttoproduktionswerte können nicht dargestellt werden. Die auf Betriebsebene erhobenen Umsätze sind hierzu nicht ausreichend, da bei Vorliegen einer Stufenproduktion kein Marktumsatz für den Betrieb einer frühen Produktionsstufe entsteht. Mit diesen Einschränkungen können damit auch teilweise Ergebnisse für Betriebe dargestellt werden, die erst einen Rückschluß auf die wirtschaftliche Aktivität einer Region ermöglichen. Wenn auch für das Bundesgebiet insgesamt Unternehmensdaten gelegentlich genügen und zu ähnlichen Ergebnissen wie Betriebsdaten führen, so ergibt sich bei Regionalanalysen ein ganz anderes Bild.

Bei der Zahl der Erhebungs- und Darstellungseinheiten gibt es auch im Bundesgebiet erhebliche Differenzen. 36 873 Unternehmen stehen 46 713 Betriebe im Zensus gegenüber und damit ein Plus von nicht ganz einem Viertel. Im Saarland stehen 444 Unternehmen 585 Betriebe gegenüber. Nach dem Unternehmenskonzept erhoben, zählt der Bereich Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe im Bundesgebiet 7 702 704 tätige Personen, nach dem Betriebskonzept 7 690 048 tätige Personen. Dies bedeutet eine Abweichung von 0,2 %.

Für das Saarland ergibt sich ein völlig anderes Bild. Hier zählt der Bereich Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe nach dem Unternehmenskonzept erhoben 127 532 tätige Personen, nach dem Betriebskonzept erhoben 153 547 tätige Personen. Das bedeutet, daß die Angaben für Betriebe um 20 Prozent über denen für Unternehmen liegen. Hier zeigt sich die relativ starke Präsenz von Unternehmen der übrigen Bundesländer im Saarland. Demgegenüber unterhalten aber nur wenige produzierende Unternehmen des Saarlandes unselbständige Produktionsstätten im Bundesgebiet.

In seiner Konsequenz bedeutet dies, daß die Unternehmensdaten nur einen unzureichenden Überblick über die wirtschaftlichen Aktivitäten dieser Region liefern. Nicht nur im Niveau auch in der Struktur ergeben sich dadurch gravierende Differenzen. Das Investitionsgüter produzierende Gewerbe hat im Saarland bei Heranziehen von Unternehmensdaten einen Anteil von 24 Prozent, bei Heranziehen von Betriebsdaten einen Anteil von 36 Prozent. Noch deutlicher wird dies im Straßenfahrzeugbau, hier steigt das Gewicht von 4 % bei Unternehmensdaten auf 14 % bei Betriebsdaten. Die bereits auf Landesebene zu beobachtenden Differenzen setzen sich bei weiterer regionaler Disaggregation verstärkt fort.

Grafik 5



4.2. Betriebs- und Wirtschaftsstruktur

Wurde zuvor die Unternehmenskonzentration dargestellt, so soll nachfolgend auch auf die Betriebsgrößenstruktur eingegangen werden. Die beschriebene Tendenz der etwas stärkeren Konzentration der Unternehmen im Saarland läßt sich auch bei den Betrieben beobachten. Das Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe zeigt den größten Anteil an Großbetrieben. Es folgen das Investitionsgüter produzierende Gewerbe, das Verbrauchsgüter produzierende Gewerbe sowie das Nahrungs- und Genussmittelgewerbe.

Im Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe des Saarlandes haben im Vergleich zum Bundesgebiet die Betriebe bis 50 Beschäftigte ein gleich hohes Gewicht. Die Gruppe 50 bis 1000 Beschäftigte ist dagegen schwächer vertreten. Bestimmt wird diese Wirtschaftshauptgruppe jedoch durch Betriebe mit über 1000 Beschäftigten. Trotz des höheren Gewichtes der Großbetriebe weicht die Konzentration im Saarland nicht all zu stark von der im Bundesgebiet ab. Im Investitionsgüter produzierenden Gewerbe weist das Saarland eine dem Bundesgebiet weitgehend vergleichbare Größenklassenstruktur auf. Entscheidend für dieses Ergebnis ist, daß durch Zweigbetriebe auch die oberen Größenklassen besetzt sind, was bei der Darstellung mit Unternehmensdaten nicht in diesem Umfang gegeben war. Das Verbrauchsgüter produzierende Gewerbe zeigt ähnlich den Unternehmensergebnissen auch bei den Betrieben eine relativ starke Besetzung der oberen Größenklassen.

Auf Grund des benutzten Erhebungsverfahrens sind Bruttoproduktionswerte nicht für alle Betriebe verfügbar, folglich kann die Nettoquote nicht bestimmt werden. Die Relation Bruttolohn- und -gehaltssumme zu Nettoproduktionswert ergibt im Saarland einen Wert von 50 %, im Bundesgebiet von 44 %, was jedoch wie auch sonst teilweise über Strukturunterschiede erklärt werden kann. Den höchsten Anteil erreicht die Bruttolohn- und -gehaltssumme im Investitionsgüter produzierenden Gewerbe mit 55 %. Es folgen das Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe, das Verbrauchsgüter produzierende Gewerbe und das Nahrungs- und Genussmittelgewerbe in dem der Anteil der Bruttolohn- und -gehaltssumme am Nettoproduktionswert nur noch 33 % beträgt. In der Eisenschaffenden Industrie entspricht die Quote mit 48 % und im Maschinenbau mit 53 % dem Bundesdurchschnitt. Im Straßenfahrzeugbau übersteigt der saarländische Wert von 55 % den Bundeswert von 50 % deutlich.

Die Quote Bruttolohn- und -gehaltssumme zu Nettoproduktionswert unterliegt selbstverständlich auch den Verteilungsschwankungen, die sich in der volkswirtschaftlichen Lohnquote niederschlagen. Zusätzliche Verzerrungen verursachen die nicht erfaßten Vorleistungen, sowie die unterschiedliche Steuer- und Sozialabgabenbelastung im intersektoralen und intertemporalen Vergleich. Bei den Verhältniszahlen Nettoproduktionswert je Beschäftigten ist zu berücksichtigen, daß die Beschäftigten sich auf den Monat September beziehen, die übrigen Größen jedoch auf das ganze Jahr. Überall, wo im Laufe des Jahres starke Neueinstellungen oder Entlassungen vorkommen, wird der Vergleich hierdurch tangiert. Auch in den Nettoproduktionswerten schlägt sich deutlich der Strukturwandel der Saarländischen Wirtschaft in den letzten Jahrzehnten nieder. 1967 hatten auf Betriebsebene der Bergbau und die Eisenschaffende Industrie einen Anteil am Nettoproduktionswert der gesamten Industrie von 48 %. 1979 betrug der Anteil dieser beiden Wirtschaftszweige am Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe noch 38 %.

5. Betriebs- und Unternehmensverflechtungen

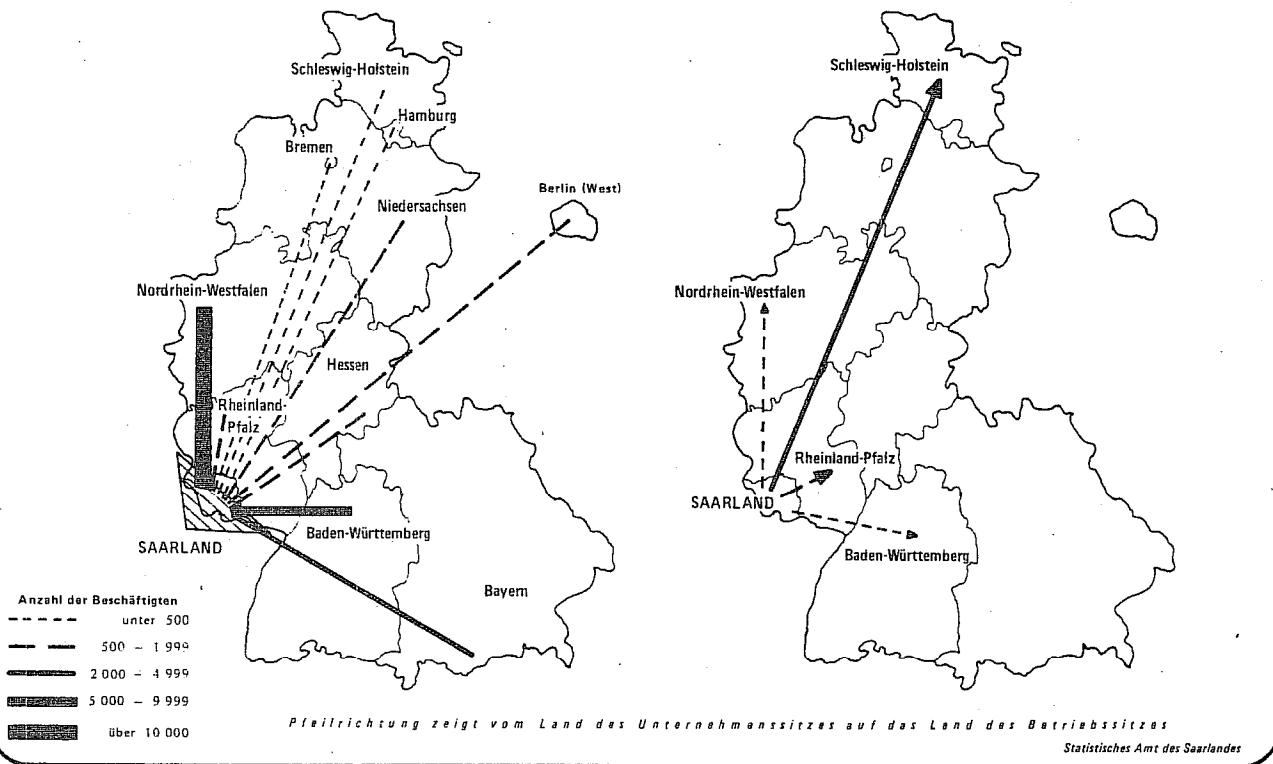
Im Zensus 1979 wurden im Saarland 585 Betriebe mit 153547 Beschäftigten erfaßt. Von diesen Betrieben waren 415 Einheiten mit 58709 Beschäftigten Einbetriebsunternehmen. Das heißt, in diesen Fällen lagen alle Betriebsteile des Unternehmens örtlich zusammen. Das Unternehmen bestand nur aus einer Arbeitsstätte, oder die Arbeitsstätten befanden sich in unmittelbarer Nähe innerhalb einer Gemein-

Betriebs- und Unternehmensverflechtung des saarländischen Bergbaus und Verarbeitenden Gewerbes mit anderen Bundesländern 1979

Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten

Beschäftigte in Saarländischen Betrieben mit Unternehmenssitz in einem anderen Bundesland

Beschäftigte in Betrieben des übrigen Bundesgebietes mit Unternehmenssitz im Saarland



de. Die Einbetriebsunternehmen stellen zwar 93,5 % aller Unternehmen, jedoch nur 38,2 % der Beschäftigten des Bergbaus und Verarbeitenden Gewerbes. Demgegenüber waren in 58 Betrieben von Mehrbetriebsunternehmen 51 332 Personen tätig, also ebenfalls ein Drittel. Als Mehrbetriebsunternehmen werden die Einheiten erfaßt, bei denen sich das Unternehmen mit allen produzierenden Betrieben in einem Bundesland befindet. In 54 Betrieben von Mehrländerunternehmen waren 42 256 Personen tätig. Hier handelt es sich um länderübergreifende Unternehmen mit ihren Betriebsstätten. Bei den Betrieben von Mehrländerunternehmen wurden 84 Betriebe mit 29 022 Beschäftigten erfaßt, bei denen der Unternehmenssitz außerhalb des Saarlandes lag. Insgesamt zeigt sich ein sehr starkes Übergewicht der Betriebe von Mehrländer- und Mehrbetriebsunternehmen.

Die regionale Unternehmens- und Betriebsverflechtung mit anderen Bundesländern zeigt die nebenstehende Graphik. Im Saarland existierten 1979 84 Betriebe des Bergbaus und Verarbeitenden Gewerbes, deren Unternehmenssitz in einem anderen Bundesland lag. Wenn die Zahl der Betriebe auch gering erscheint, so stellen diese rund ein Fünftel der Arbeitsplätze des hier dargestellten Bereichs des Bergbaus und Verarbeitenden Gewerbes. In der umgekehrten Richtung

waren im Zensus 16 Betriebe mit nicht ganz 4 000 Beschäftigten erfaßt, bei denen der Betriebsitz in einem anderen Bundesland lag, die aber zu saarländischen Unternehmen gehörten.

Betrachtet man sich die Verflechtung untergliedert nach einzelnen Bundesländern, so bestehen vor allem zu vier Bundesländern starke Bindungen. Auf Grund des Straßenfahrzeugbaus sind die Betriebs-Unternehmensverflechtungen zu Nordrhein-Westfalen am stärksten. Es folgen, gemessen an der Zahl der Beschäftigten, die Bundesländer Baden Württemberg und Bayern. Zu den beiden südlichen Ländern bestehen vor allem über die Wirtschaftszweige Maschinenbau und Elektrotechnik Verbindungen. Die Verflechtung zu allen übrigen Bundesländern ist für den hier erfaßten Bereich Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe gering; auch zu dem unmittelbar benachbarten Bundesland Rheinland-Pfalz. Bei der hier vorgenommenen Betrachtung wurden Verflechtungen, die sich über Beteiligungen an anderen Unternehmen ergeben, natürlich nicht berücksichtigt.

Norbert Bettinger
Dipl. Volkswirt

Kommunale Bauinvestitionen seit 1970

1. Vorbemerkungen

1.1. Die Bedeutung der kommunalen Baumaßnahmen

1.2. Methodische Erläuterungen

2. Strukturelle Aspekte

2.1. Das saarländische Beispiel im Überblick

2.2. Ein Ausblick über die Grenzen des Saarlandes

3. Entwicklung im Zeitablauf

3.1. Globale Untersuchung

3.2. Haushaltmäßige Interdependenzen

3.3. Die Entwicklung ausgewählter Bauinvestitionsarten

3.4. Der Rückschlag im Jahre 1981

gewichtige Position die Gemeinden/GV im Wirtschaftsablauf einnehmen und welche gesamtwirtschaftlichen Störungen drohen, sobald die gemeindliche Investitionstätigkeit nicht mehr stetig fortgeführt werden kann.

1.2. Methodische Erläuterungen

In der vorliegenden Untersuchung werden die Baumaßnahmen der saarländischen Gemeinden/GV dargestellt, so wie sie sich aus der Jahresrechnungstatistik der Kommunal Finanzen ergeben. Das vielfältige, sehr detailliert gegliederte Erhebungs- und Aufbereitungsprogramm der Jahresrechnungstatistik erlaubt eine Analyse der finanziellen Transaktionen nach Einzelplänen der Kommunalhaushalte, d.h. nach Aufgabebereichen. Es beantwortet also die Frage: zu welchem Zweck wurde eine bestimmte Ausgabe, z.B. eine Bauinvestition, getätigt?

1. Vorbemerkungen

1.1. Die Bedeutung der kommunalen Baumaßnahmen

Die kommunalen Aktivitäten besitzen seit jeher einen großen Stellenwert in unserer Volkswirtschaft, denn schon aufgrund des föderativen Staatsaufbaus, verbunden mit dem Grundsatz der Eigenverantwortlichkeit jeder staatlichen Ebene, ist der kommunale Bereich mit einer Fülle von Aufgaben betraut. Mitbestimmend für die Qualität und Quantität der Daseinsvorsorge und des Lebensstandards ist u.a. die Infrastruktur, d.h. die Ausstattung mit Schulen, Straßen, Krankenhäusern, Gewerbegebieten, Sport-, Freizeit- und Erholungseinrichtungen, die eine Gemeinde oder ein Gemeindeverband (GV) bereitstellt. Aus den direkten Ansprüchen der Bürger an „ihre“ Gemeinde, die als engerer Lebensraum von zentraler Bedeutung ist, erklärt sich die Tatsache, daß die meisten öffentlichen Investitionen nicht vom Bund oder von den Bundesländern, sondern von den Gemeinden getätigt werden. Bemerkenswert ist hierbei die relative Stabilität der kommunalen Baumaßnahmen in Höhe von zwei Dritteln der gesamten öffentlichen Bauinvestitionen. Bund und Länder vergeben zusammen also nur halb so viel Bauaufträge wie die Kommunen. Daraus wird ersichtlich, welch

Übersicht 1: Kommunale Finanzen in der Gliederung nach Aufgabebereichen

Gliederungsnummer (Einzelplan)	Aufgabebereich
0	Allgemeine Verwaltung
1	Öffentliche Sicherheit u. Ordnung
2	Schulen
3	Wissenschaft, Forschung, Kulturpflege
4	Soziale Sicherheit
5	Gesundheit, Sport, Erholung
6	Bau- und Wohnungswesen, Verkehr
7	Öffentliche Einrichtungen, Wirtschaftsförderung
8	Wirtschaftsunternehmen, allgemeines Grund- und Sondervermögen
9	Allgemeine Finanzwirtschaft

Als Einstieg in die zeitliche Betrachtung bietet sich das Jahr 1970 an, als die Finanzreform in Kraft trat und einschneidende Veränderungen im gemeindlichen Finanzgefüge mit sich brachte. Die Ersetzung eines Teils der ziemlich konjunkturabhängigen Gewerbesteuer durch die Be-

teilung am wesentlich stabileren Aufkommen aus der Einkommensteuer versprach ein stetigeres Verhalten der kommunalen Einnahmeseite — und damit auch der Ausgaben. Von der Reform erwartete man eine bessere Vorhersehbarkeit der haushaltsmäßigen Entwicklung und damit eine bessere Finanzplanung, folglich auch eine bessere Investitionsplanung.

Die Systematik der Jahresrechnungsstatistik wurde in den siebziger Jahren allerdings nicht durchgehend beibehalten. Mehrfach traten Änderungen auf. Der größte Einschnitt war die Haushaltsreform des Jahres 1975 (in den meisten Bundesländern schon 1974), bei der u.a. die Gliederungspläne, d.h. die Zuordnung nach Aufgabenbereichen, umgestaltet wurden. Auch wurden 1975 die kommunalen Krankenhäuser aus ihren Trägerhaushalten ausgegliedert; sie werden seither in der Finanzstatistik eigenständig nachgewiesen. Die kommunale Gebiets- und Verwaltungsreform von 1974 brachte zwar keine systematische Änderung im kommunalen Aufgabengefüge — allenfalls Umschichtungen zwischen Gemeinden und Gemeindeverbänden —, doch mit dem neuen Größenzuschnitt der Gemeinden fiel die bis dahin in der Jahresrechnungsstatistik praktizierte unterschiedliche Konzentration der Haushaltsdaten nach Gemeindegrößenklassen weitgehend weg. Seither gilt die tiefe Gliederung der Aufgabenbereiche auch für die kleinen Gemeinden, womit eine bessere Vergleichbarkeit erreicht wird.

Die erwähnten Strukturbrüche wurden für die Analyse, soweit möglich, durch Umsetzungen eliminiert, um vergleichbare Zahlen zu erhalten. ¹⁾ Der Aussagewert dürfte allenfalls in der ersten Hälfte der siebziger Jahre durch geringe Differenzen beeinträchtigt sein, aber nur in ganz wenigen Gliederungsbereichen.

1) Die Ausgliederung der kommunalen Krankenhäuser wurde allerdings beibehalten. Zum Zwecke einer Untersuchung der kommunalen Bauinvestitionen scheint dies sinnvoller als ein nachträgliches Hinzufügen.

Durch das Krankenhausfinanzierungsgesetz von 1972 war die Investitionstätigkeit im Krankenhauswesen de facto schon vor 1975 aus den Trägerhaushalten ausgegliedert, dergestalt, daß Bund, Länder und Gemeinden zusammen für die Finanzierung von Krankenhausinvestitionen zuständig sind.

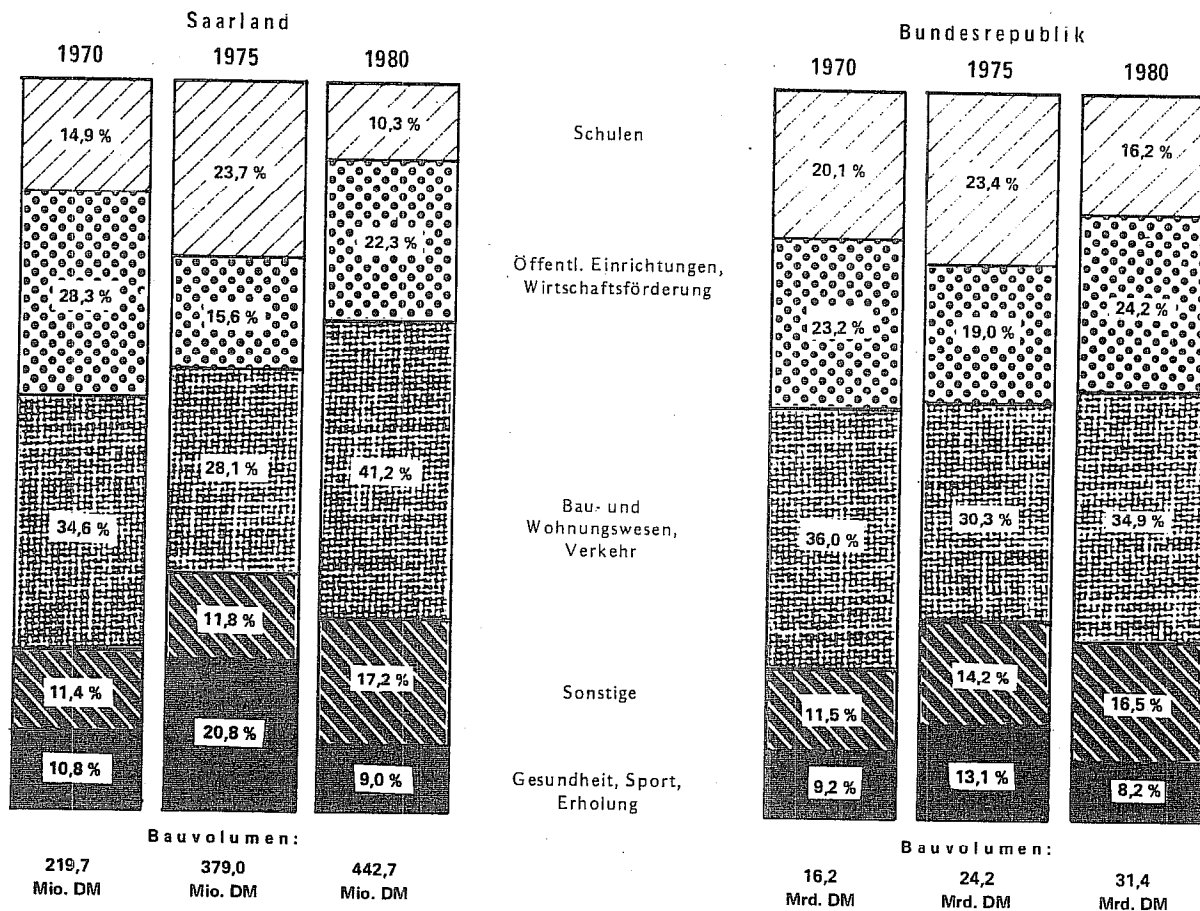
Der enorme Umfang des Datenmaterials, das über die Jahresrechnungsstatistik bereitgestellt wird, macht es allerdings unmöglich, diese Zahlen zeitnah zu erheben und aufzubereiten. Die Hauptuntersuchung kann deshalb nur bis zum Jahre 1980 erfolgen. Für 1981 werden die vorläufigen Zahlen verwendet, da sich die Jahresrechnungsstatistik 1981 noch in der Ausarbeitung befindet. Das Ergebnis von 1982 ist ebenfalls noch vorläufig; es stammt aus der kommunalen Kassenstatistik.

2. Strukturelle Aspekte

2.1. Das saarländische Beispiel im Überblick

Die Bauinvestitionen der saarländischen Gemeinden/GV erreichten 1970 den Betrag von 219,7 Mio. DM. Das waren knapp 79 % der vermögenswirksamen Ausgaben (Kapitalrechnung) und ein gutes Viertel der gesamten kommunalen Ausgaben¹⁾. Die meisten Investitionen gingen in die Bereiche „Bau- und Wohnungswesen, Verkehr“ (fast jede dritte investierte Mark wurde für den Straßenbau verwendet), „Öffentliche Einrichtungen, Wirtschaftsförderung“ (insbesondere Abwasserbeseitigung) und „Schulen“. Bis zur Mitte der siebziger Jahre wurde die Bautätigkeit derart forciert, daß 84 % in der Kapitalrechnung von 1974 und 27,5 % aller kommunalen Ausgaben des Jahres 1975 als Baumaßnahmen gebucht wurden. Die größten Investitionsbereiche waren nun „Bau- und Wohnungswesen, Verkehr“, „Schulen“ und „Gesundheit, Sport, Erholung“, darunter vor allem Sportstätten und Badeanstalten. Diese Baueuphorie flachte bald wieder ab. Im Jahre 1980 erreichten die Bauinvestitionen wieder knapp 79 % der vermögenswirksamen Ausgaben und noch gut 23 % der Gesamtausgaben. Schwerpunkte der Investitionstätigkeit waren die gleichen wie zehn Jahre zuvor, jedoch mit verschobenen Gewichten: der bedeutendste Aufgabenbereich, nämlich „Bau- und Wohnungswesen, Verkehr“, konnte seinen Vorsprung vergrößern, während „Öffentliche Einrichtungen, Wirtschaftsförderung“ und „Schulen“ ihre Bedeutung von 1970 nicht mehr erlangten.

Anteile der Aufgabenbereiche an den kommunalen Bauinvestitionen



Statistisches Amt des Saarlandes

Die wechselhafte Struktur im Bauvolumen präsentiert sich als Abbild der Veränderungen im gemeindlichen Prioritätenkatalog der siebziger Jahre. Markante Punkte seien herausgegriffen: Der Aufgabenbereich 2 („Schulen“), auf den 1970 rund 15 % der Baumaßnahmen entfielen, wurde in der Folgezeit überdurchschnittlich favorisiert, so daß sein Anteil bis 1975 auf fast 24 % anstieg. Dieser Investitionssprung ist in der Hauptsache den geburtenstarken Schülerjahrgängen zuzurechnen, deren Bewältigung umfangreiche Neu- und Erweiterungsbauten erforderlich machte. Mit dem Rückgang der Schü-

lerzahlen wurden die Schulbaumaßnahmen als bald vermindert. Sie erreichten in den späten siebziger Jahren nicht einmal die Hälfte des Volumens von 1975. Mit 10,3 % lag ihr Anteil 1980 entsprechend niedrig.

Eine ähnliche Entwicklung zeigt der Aufgabenbereich 5 („Gesundheit, Sport, Erholung“). 1970 wurden knapp 11 % der Baugelder in diesem Haushaltstitel ausgewiesen. Mit zunehmendem Wohlstand und vermehrter Freizeit wuchsen die Ansprüche der Bürger an die Infrastruktur ihrer Gemeinden. Die bisherigen Sport- und Erholungsanlagen genügten dem Bedarf nicht mehr. Die Gebiets- und Verwaltungsreform von 1974 mit ihren grundlegenden Änderungen in der kommunalen Struktur

1) Ohne besondere Finanzierungsvorgänge (wie z.B. Schuldenaufnahme und -tilgung, Rücklagenveränderung), ohne haushaltstechnische Verrechnungen (wie z.B. Zuführungen zwischen Verwaltungs- und Vermögenshaushalt) und ohne Zahlungen innerhalb der kommunalen Ebene.

und in den kommunalen Kompetenzen, zu denen beispielsweise die Verlagerung der Verantwortlichkeit von den damaligen Dörfern auf eine übergeordnete, neue und nicht mehr so bürgernahe Großgemeinde gehörte, war mancher „alten“ Gemeinde ein willkommener Anlaß, dem Bürgerwillen noch rechtzeitig zu entsprechen und eine Sport- oder Mehrzweckhalle oder ein Hallenbad in Auftrag zu geben. Auf dem Höhepunkt dieses Booms, im Jahre 1975, war der Bereich „Gesundheit, Sport, Erholung“ im kommunalen Investitionsetat mit rund 21 % Anteil fast doppelt so stark vertreten wie fünf Jahre zuvor. Anschließend war der Markt gesättigt, und die Investitionen wurden gedrosselt. 1980 flossen in den Aufgabenbereich 5 gerade noch 9 % der Baugelder.¹⁾

Der Gliederungspunkt 6 („Bau- und Wohnungswesen, Verkehr“) vereinigte während des ganzen Untersuchungszeitraumes die meisten Investitionen auf sich. Mehr als ein Drittel aller kommunalen Bauausgaben wurden 1970 in diesen Titel gesteckt. 1975 war die Quote auf 28 % zurückgegangen, um bis 1980 wieder auf über 41 % anzusteigen. Dominierendes Element ist dabei der kommunale Straßenbau, der in der ersten Hälfte der siebziger Jahre bis zu 90 % der Investitionen in diesem Aufgabenbereich beanspruchte. Somit bildet der Straßenbau den absoluten Schwerpunkt der gemeindlichen Investitionstätigkeit. Beachtenswert ist auch der Unterpunkt „Städtebau und -planung“, der im Zuge des fortschreitenden Bedarfs an Sanierungsmaßnahmen und verkehrsberuhigten Flächen („Fußgängerzonen“) in der jüngsten Vergangenheit ein immer größeres Gewicht erlangt hat.

Der Einzelplan 7 („Öffentliche Einrichtungen, Wirtschaftsförderung“) ist, gemessen am Investitionsvolumen, der zweitgrößte Aufgabenbereich. Sein Anteil betrug 1970 gut 28 %, 1975 jedoch nur noch 15,6 % und 1980 schließlich 22,3 %. Herausragender Posten ist die Abwasserbeseitigung, also der Bau von Kläranlagen und

1) Wegen der Ausgliederung der kommunalen Krankenhäuser ab dem Jahre 1975 wird dieses Ergebnis etwas zu niedrig ausgewiesen. Jedoch: Selbst wenn man aus der Statistik der Krankenhäuser deren Bauvolumen, das nach 1974 ebenfalls stark geschrumpft ist, wieder hinzurechnet, so steigt der Anteil des Aufgabenbereichs 5 nur minimal an.

Abwasserkanälen. Ein weites Investitionsfeld ist auch die Förderung von Wirtschaft und Verkehr, vor allem die Erschließung von Gewerbe- und Industriegebieten, die ihre Hochphasen in den frühen siebziger Jahren und dann wieder 1980 erlebte.

Die übrigen Einzelpläne, die traditionsgemäß keine Investitionsschwerpunkte darstellen, erreichten mit ihren Baumaßnahmen Anteile, die in den Spitzenwerten kaum über 6 % hinausgehen.

2.2. Ein Ausblick über die Grenzen des Saarlandes

Im folgenden wird die Bautätigkeit aller Gemeinden/GV in der Bundesrepublik Deutschland untersucht mit dem Ziel, einen Vergleich mit den saarländischen Gegebenheiten herzustellen.

Die kommunalen Bauinvestitionen erreichten 1970 bundesweit über 16 Mrd. DM. Das waren rund drei Viertel aller Ausgaben der Kapitalrechnung (Saarland 78,8 %) und knapp 29 % der Gesamtausgaben¹⁾ (Saarland 25,7 %). Die Schwerpunkte der Bautätigkeit lagen in den Bereichen „Bau- und Wohnungswesen, Verkehr“ mit einem Anteil von 36 %, „Öffentliche Einrichtungen, Wirtschaftsförderung“ (23,2 %), „Schulen“ (20,1 %) und „Gesundheit, Sport, Erholung“ (9,2 %). Dies entspricht exakt der Reihenfolge, die auch schon für die kommunalen Baumaßnahmen im Saarland festgestellt wurde.

Im Jahre 1975 hatten sich die Verhältnisse geändert. Während bundesweit ein merkliches Absinken der kommunalen Bauquote registriert wurde (72,2 % der vermögenswirksamen Ausgaben, knapp 24 % der Gesamtausgaben), erreichten die saarländischen Bauinvestitionen ihre höchsten Quoten, die mit mehr als 80 % bzw. 27,5 % deutlich über den Bundesdurchschnitt hinausragten. Dieses Ergebnis dürfte — wie schon erwähnt — maßgeblich von der saarländischen

1) Ohne besondere Finanzierungsvorgänge, haushaltstechnische Verrechnungen und interkommunale Zahlungen.

Gebietsreform beeinflusst gewesen sein, deren Auswirkungen bis weit in das Jahr 1975 hinein reichten.

Auch bundesweit hatte sich 1975 die Struktur der kommunalen Bautätigkeit verschoben. „Bau- und Wohnungswesen, Verkehr“ (30,3 %) sowie „Öffentliche Einrichtungen, Wirtschaftsförderung“ (19 %) mußten Anteile abgeben zugunsten der Bereiche „Schulen“ (23,4 %) und „Gesundheit, Sport, Erholung“ (13,1 %).

Im Jahre 1980 lag der Anteil der Bauinvestitionen an den Gesamtausgaben der Gemeinden/GV im Bundesgebiet gerade über 24 %. Innerhalb der Kapitalrechnung ging ihre Quote weiter zurück auf 70,4 %. Hinsichtlich der Verteilung der Baumaßnahmen nach Einzelplänen kann wieder ein paralleles Verhalten zwischen den saarländischen und allen bundesdeutschen Kommunen konstatiert werden. In den Bereichen „Schulen“ und „Gesundheit, Sport, Erholung“ war der gestiegerte Bedarf, der Mitte der siebziger Jahre aufgelaufen war, zwischenzeitlich gedeckt; auch bundesweit wurde die Bautätigkeit in diesen Sparten gedrosselt, und ihre Anteile fielen deutlich zurück auf 16,2 % („Schulen“) und 8,2 % („Gesundheit, Sport, Erholung“). Die Titel „Bau- und Wohnungswesen, Verkehr“ und „Öffentliche Einrichtungen, Wirtschaftsförderung“ gewannen wieder stärker an Gewicht. Die maßgeblichen Impulse gingen dabei vom Straßenbau und von den Maßnahmen zur Abwasserbeseitigung aus. Diese beiden Aufgabengebiete bildeten auch bundesweit die Schwerpunkte in der Investitionstätigkeit auf der kommunalen Ebene. Überhaupt wird von den Gemeinden/GV im öffentlichen Verkehrssektor ein wesentlicher Beitrag geleistet, der fast genauso hoch ist wie die Ausgaben von Bund und Ländern zum Bau von Autobahnen, Bundes- und Landesstraßen, Wasserläufen u. dgl.

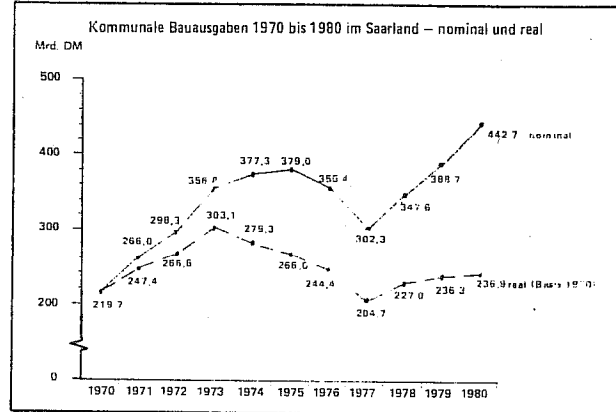
3. Entwicklung im Zeitablauf

3.1. Globale Untersuchung

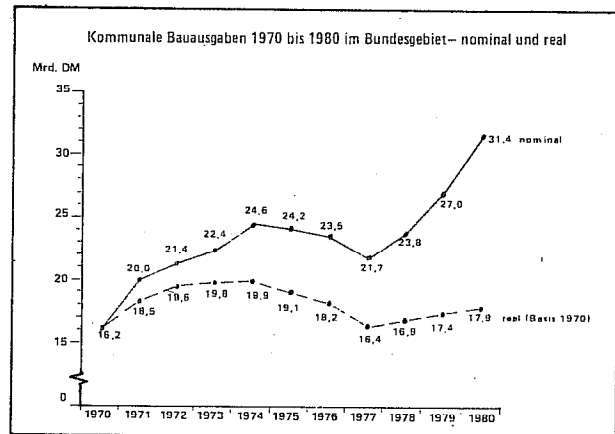
Der folgende Abschnitt geht der Frage nach, wie sich die kommunalen Bauausgaben insgesamt in

den siebziger Jahren entwickelt haben. Untersucht werden die Investitionen im Saarland wie auch im ganzen Bundesgebiet, und zwar nominal (zu laufenden Preisen) und real, d.h. nach Eliminierung der inflatorischen Komponente.

Grafik 3



Grafik 4



Ausgehend von knapp 220 Mio DM im Jahre 1970 erfuhren die kommunalen Baumaßnahmen im Saarland einen Auftrieb, der von einem Jahr zum anderen weitergetragen wurde und 1975 einen vorläufigen Höhepunkt bei 379 Mio DM erlangte. Besonders starke Jahrgänge waren 1970, 1971 und 1973, in denen die Bauausgaben jeweils um mehr als 20 % gegenüber dem Vorjahr erhöht wurden.

Eine der Ursachen für den Boom zu Beginn der siebziger Jahre war die Gemeindefinanzreform von 1969, die die Einnahmesituation der kommunalen Etats deutlich stabilisiert und verbessert hat. Entsprechend verlief dann die Reaktion auf der Ausgabenseite. Der Investitionsschub von 1973 wurde zusätzlich initiiert im Vorgriff auf die bevorstehenden Änderungen des gebietlichen

Zuschnitts und der Kompetenzen der seinerzeit noch selbständigen kleinen Gemeinden.

1974 fiel die Zuwachsrate der kommunalen Bauausgaben auf 6 % ab, und 1975 kam es fast zum Stillstand. Die beiden Folgejahre waren gekennzeichnet von Rückgängen um 6 % und 15%, so daß die Bauinvestitionen von 1977 mit 302 Mio DM nominal etwa auf den Stand von 1972 absanken. 1978 setzte wieder eine Aufschwungphase ein, die bis 1980 jeweils zweistellige Zuwachsraten (bis zu 15 %) mit sich brachte. Mit knapp 443 Mio DM — mehr als doppelt so viel wie 1970 — war 1980 wieder ein Höhepunkt erreicht. Freilich stammt auch dieses Ergebnis zu einem großen Teil aus einer Verbesserung der Rahmenbedingungen, in die die kommunale Finanzwirtschaft eingebettet ist: durch das Steueränderungsgesetz von 1979, das 1980 in Kraft trat, wurde die Pflicht der Gemeinden zur Abführung der Gewerbesteuerumlage um ein Drittel verringert; zusätzlich stieg der kommunale Anteil an den Einnahmen aus der Einkommensteuer von 14 % auf 15 % an. Diese Maßnahmen allein vergrößerten den finanziellen Spielraum der saarländischen Gemeinden 1980 um schätzungsweise 58 Mio DM.

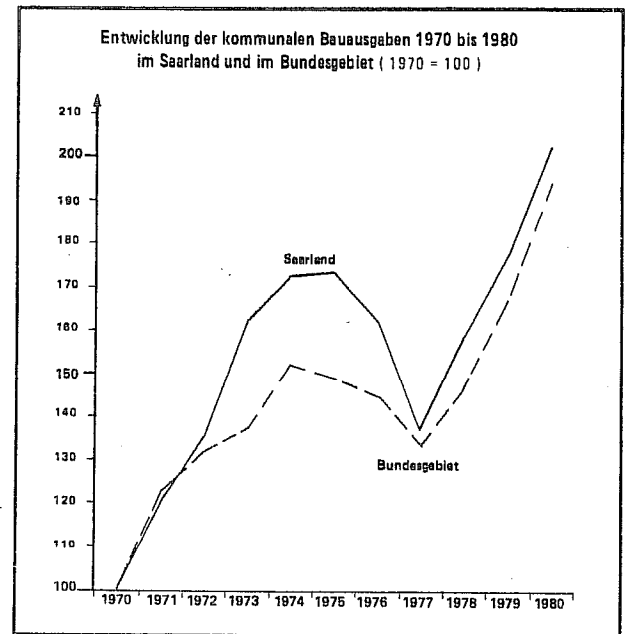
Bundesweit hat die Entwicklung der kommunalen Bauinvestitionen anfangs der siebziger Jahre einen ähnlichen Verlauf genommen. Die Finanzreform von 1969 trug dazu bei, daß die Bauausgaben 1970 auf 16,2 Mrd. DM und 1971 auf 20 Mrd. DM anstiegen, d.h. jeweils um mehr als 20 %. 1972 folgte eine Abflachung, die bis 1974 die jährlichen Zuwachsraten unter 10 % hielt. Der Wendepunkt setzte 1975 ein; mit der Abkühlung des konjunkturellen Klimas gingen auch die kommunalen Bauinvestitionen zurück. Mit 21,7 Mrd. DM erreichten sie 1977 einen Tiefpunkt. Die anschließende Aufschwungphase von 1978 bis 1980 brachte jährliche Anstiegsraten zwischen 10 % und 16 %, und das Bauvolumen erreichte 1980 den Betrag von 31,4 Mrd. DM. Auch hierbei werden die Auswirkungen des Steueränderungsgesetzes 1979 deutlich erkennbar.

Zur Entwicklung ist demnach festzustellen, daß die kommunalen Baumaßnahmen einem ausgeprägten konjunkturellen Zyklus folgen. Jegliche Anstrengungen einer einzelnen Gemeinde, einen antizyklischen Kurs zu steuern, wären — nicht nur, weil sie vom Stabilitäts- und Wachstumsgesetz vorgeschrieben sind — wünschenswert und

für die betreffende Region auch bestimmt von Vorteil. Das enorme Gewicht der kommunalen Bauinvestitionen unterstreicht einmal mehr die Notwendigkeit einer Verstetigung der gemeindlichen Finanzen.

Im Saarland wurden die jährlichen Schwankungen noch vom Effekt der Gebiets- und Verwaltungsreform überlagert, der die Investitionswelle der frühen siebziger Jahre auch noch in das Jahr 1975 hineintrieb, als bundesweit die Bauausgaben schon wieder rückläufig waren.

Grafik 5



Wie Grafik 5 zeigt, verlief die Bautätigkeit der saarländischen Kommunen deutlich über dem Bundesdurchschnitt. Mit Ausnahme von 1971 wurde im Saarland, in der Relation gesehen, stets mehr investiert als auf Bundesebene.

Weitere Interpretationen werden möglich, wenn man die Bauausgaben um die Preissteigerungen bereinigt.¹⁾

Auf dieser Grundlage werden die realen Investitionen, sozusagen die mengenmäßigen Baumaßnahmen, ersichtlich.

Der Verlauf der Kurven in den Grafiken 3 und 4 läßt für das Saarland und das Bundesgebiet drei Phasen erkennen: Die erste Aufschwungphase im Saarland reichte bis 1973. Mit 303 Mio. DM er-

1) Zur Deflationierung wurde — in Ermangelung eines einheitlichen Index für öffentliche Baumaßnahmen — die Preissteigerungsrate für den Straßenbau (auf der Basis 1970) verwendet.

langten die kommunalen Baumaßnahmen ihren höchsten realen Wert im Verlauf der siebziger Jahre. Es schloß sich eine Rezessionsphase an, die die Bauausgaben bis 1977 auf knapp 205 Mio. DM absinken ließ, real also weniger als im Jahre 1970. 1978 setzte die nächste Expansionsperiode ein. Die Bauinvestitionen stiegen bis 1980 auf fast 237 Mio. DM an; sie lagen damit jedoch immer noch unter dem Niveau von 1971.

Auf Bundesebene erstreckte sich der erste Aufschwung bis 1974; knapp 19,9 Mrd. DM bedeuten auch hierbei den absoluten Höchstwert (zu konstanten Preisen) während der siebziger Jahre. Die darauffolgende Abschwungphase reichte gleichfalls bis 1977; der entsprechende Wert des Bauvolumens lag mit 16,4 Mrd. DM nur geringfügig über dem Ergebnis von 1970. Die anschließende Expansion von 1978 bis 1980 fiel mit jährlichen Zuwachsraten um 3 % schwächer aus als im Saarland, so daß auch bundesweit das Ergebnis von 1980 real den Wert von 1971 unterschritt.

Als Fazit bleibt festzuhalten: Die Bauinvestitionen der Gemeinden/GV erlebten ihre Blütezeit in der ersten Hälfte der siebziger Jahre. Nach einem — vornehmlich konjunkturell bedingten — Rückgang stabilisierten sie sich bis 1980 auf relativ niedrigem Niveau.

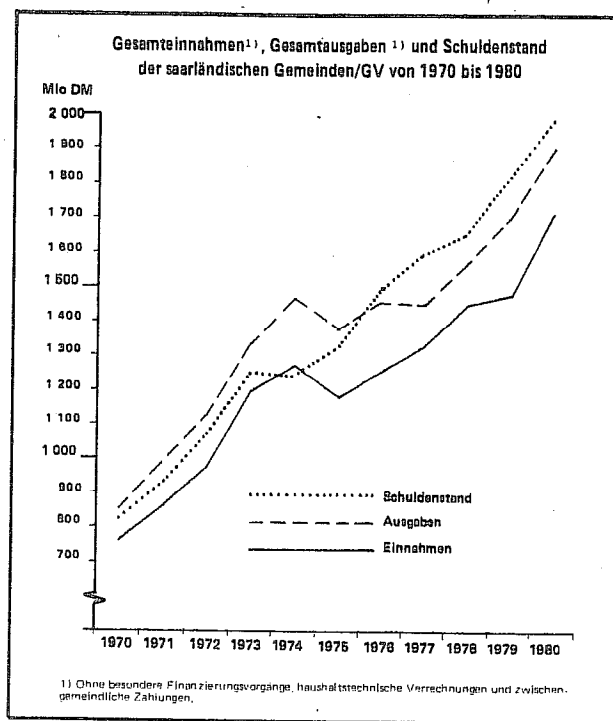
3.2. Haushaltsmäßige Interdependenzen

Die Ausgaben der Kommunen für Baumaßnahmen können nicht losgelöst von der haushaltsmäßigen Gesamtentwicklung betrachtet werden. Die nunmehr folgende Untersuchung geht deshalb auf die Entwicklung der Gesamteinnahmen und der Gesamtausgaben ¹⁾ sowie der Verschuldung der saarländischen Gemeinden/GV ein.

Die kommunalen Einnahmen beliefen sich 1970 auf insgesamt 764 Mio. DM. 1971 und 1972 stiegen sie jeweils um 13 % gegenüber dem Vorjahr an, 1973 gar um 23 %. Dem schwachen Anstieg von 1974 (+ 6 %) folgte 1975 ein Rückgang um 7 %. Von 1976 an verlief die Entwicklung wieder positiv, allerdings mit niedrigeren Zuwachsraten als in der ersten Hälfte des Jahr-

1) Jeweils ohne besondere Finanzierungsvorgänge, haushaltstechnische Verrechnungen und zwischengemeindliche Zahlungen.

Grafik 6



zehnts. Ein starker Anstieg setzte erst wieder 1980 ein: Die Verbesserungen aufgrund des Steueränderungsgesetzes 1979 ließen die Einnahmen um 16 % auf 1 715 Mio. DM anwachsen. In Abhängigkeit von den Einnahmen nahm die Entwicklung der kommunalen Ausgaben einen ähnlichen Verlauf. Ihre jährliche Anstiegsrate lag bis 1974 zwischen 10 % und 18 %. 1975 gingen sie mit 6 % im fast gleichen Ausmaß zurück wie die Einnahmen. Dem schloß sich ein zunächst leichtes, ab 1978 dann wieder stärkeres Wachstum an. 1980 gaben die Kommunen mit 1 901 Mio. DM schließlich 12 % mehr aus als im Jahr zuvor.

Im Zusammenhang mit der kommunalen Investitionstätigkeit muß der Verschuldung eine besondere Bedeutung zugemessen werden. Nach den Vorschriften des Kommunalselbstverwaltungsgesetzes (KSVG) dürfen die saarländischen Gemeinden/GV Kredite „ nur für Investitionen, Investitionsförderungsmaßnahmen und zur Umschuldung “¹⁾ aufnehmen. Diese Möglichkeit wird in der Praxis auch weitgehend ausgeschöpft, wie die Entwicklung des Schuldenstandes zeigt. Jährlich zweistellige Zuwachsraten (bis über 16 %) kennzeichnen den Verlauf bis 1973. Der leichte Rückgang (— 0,8 %) im Jahre

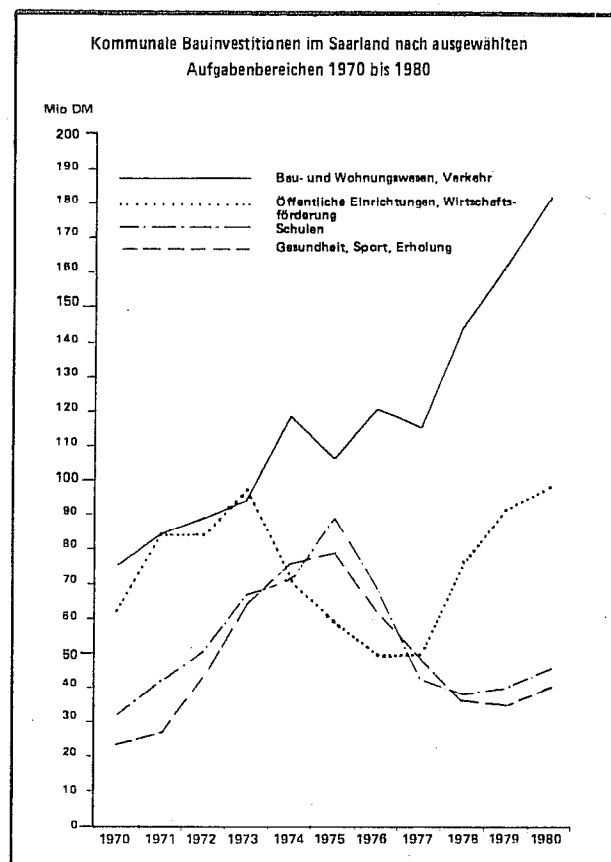
1) § 90 Abs. 1 KSVG.

1974 dürfte auf die strukturellen Änderungen auf der kommunalen Ebene aufgrund der Gebiets- und Verwaltungsreform zurückzuführen sein, die die Vergleichbarkeit mit den Ergebnissen der Vorjahre etwas beeinträchtigen. Ab 1975 wurde die Verschuldung an die verlangsamte Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben angepaßt. Extremwerte wurden 1976 mit + 12,3 % und 1978 mit + 4,1 % registriert, wobei letzterer Wert wegen der haushaltsmäßigen Vervollständigung der kommunalen Krankenhäuser (in der Schuldenstatistik erst 1978) wiederum leicht unterzeichnet ist.

Die — im großen und ganzen — gleichmäßige Entwicklung der Gesamteinnahmen, Gesamtausgaben und Verschuldung wird verdeutlicht anhand der durchschnittlichen Jahresveränderungsraten. Von 1970 bis 1980 stiegen die Einnahmen im Schnitt um 8,4 % pro Jahr an, die Ausgaben um 8,3 % und die Verschuldung um 9,1 %. Die Bauausgaben der saarländischen Kommunen wurden durchschnittlich um 7,3 % erhöht; für das Bundesergebnis liegt der Mittelwert bei + 6,8 % pro Jahr.

3.3. Die Entwicklung ausgewählter Bauinvestitionsarten

Die im Anfangskapitel vorgestellten Investitionsschwerpunkte sollen anhand ihrer Entwicklung von 1970 bis 1980 näher untersucht werden. Der bedeutendste Aufgabenbereich, „Bau- und Wohnungswesen, Verkehr“, erreichte 1970 ein Investitionsvolumen von über 76 Mio. DM. Nach gemäßigten Zuwachsraten in den darauffolgenden Jahren wurden die Bauausgaben erstmals 1974 deutlich erhöht. Mit 118,4 Mio. DM lagen sie um 26 % über dem Ergebnis von 1973. Den Rückgängen von 1975 (— 10 %) und 1977 (— 5 %) folgten jeweils zweistellige Zuwachsraten, die bis 1980 anhielten und die Investitionssumme schließlich auf über 182 Mio. DM ausdehnten. Dieser Aufgabenbereich wurde in all seinen Phasen entscheidend getragen vom Straßenbau, auf den (einschließlich der kommunalen Parkplätze) 1970 knapp 71 Mio. DM entfielen und 1980 über 137 Mio. DM. Ein weiterer Teilbereich, nämlich „Städtebau und -planung“, war 1970 bei einer Investitionssumme von weniger als



0,8 Mio. DM nahezu unbedeutend. Er erlangte im Laufe der siebziger Jahre jedoch ein so starkes Gewicht, daß die Kommunen für Sanierungsprojekte und andere städtebauliche Maßnahmen 1980 schließlich über 34 Mio. DM aufwendeten.

Der nächstgrößere Aufgabenbereich betrifft „Öffentliche Einrichtungen, Wirtschaftsförderung“. Deren Bauvolumen lag 1970 bei gut 62 Mio. DM. Bis 1973 war es auf über 97 Mio. DM angewachsen. 1974 wurde eine Periode der Investitionsdrosselung eingeleitet, die die Ausgaben bis 1977 auf unter 50 Mio. DM schrumpfen ließ. Die anschließende Expansion erfolgte mit teilweise überdurchschnittlich hohen Zuwachsraten, wodurch die Baumaßnahmen 1980 knapp 99 Mio. DM erreichten. Schwerpunkt in diesem Bereich ist die Abwasserbeseitigung. Der Bau von Kläranlagen und Abwasserkanälen, für den 1970 noch 21,6 Mio. DM aufgewendet wurden, beanspruchte 1974 schon 38 Mio. DM. Jeweils weniger als 27 Mio. DM fielen dann in den Jahren 1975 bis 1977 an. Seit 1978 bewegen sich die Investitionen zur Abwasserbeseitigung wieder auf einem hohen Niveau, das jährlich über 48 Mio. DM hinausragt.

Bemerkenswert ist auch der Teilbereich „Förderung von Wirtschaft und Verkehr“, in den bis 1973 jährlich bis zu 26 Mio. DM flossen. Nach einem Rückgang in den Jahren 1974 bis 1979 kam es 1980 zu einer deutlichen Investitionssteigerung. So wurde allein die Erschließung von Gewerbe- und Industriegebieten in diesem Jahr mit über 27 Mio. DM gefördert.

Das kommunale Schulwesen als dritter großer Investitionsbereich hat in der ersten Hälfte des Jahrzehnts einen noch stärkeren Auftrieb erfahren als die beiden vorangegangenen Aufgabenschwerpunkte. Um dem steigenden Bedarf aufgrund der zunehmenden Schülerzahlen zu entsprechen, wurden die Ausgaben für Schulbauten von 32,7 Mio. DM im Jahre 1970 auf fast 90 Mio. DM im Jahre 1975 erhöht. Als dann die Schulgebäude vergrößert und modernisiert waren und nur noch geburtenschwache Jahrgänge nachrückten, wurden die Investitionen im wesentlichen auf Erhaltungsmaßnahmen beschränkt. Der Betrag von 1980 war mit knapp 46 Mio. DM gerade noch halb so groß wie das Volumen von 1975. Die beiden Hauptgruppen in diesem Bereich sind die allgemeinbildenden Schulen (auf kommunaler Ebene also hauptsächlich Grund-, Haupt-, Sonder- und Realschulen), die auch die weitaus meisten Investitionen erforderten, sowie die berufsbildenden Schulen.

Dem Schulbau ähnlich verlief die Entwicklung der Investitionen, die im Kapitel „Gesundheit, Sport, Erholung“ getätigt wurden. Ausgehend von 23,7 Mio. DM im Jahre 1970 hielt die Phase einer starken Expansion (bei jährlichen Zuwachsraten bis zu 60 %) bis zur Mitte der siebziger Jahre an. Der Gipfel war 1975 mit fast 79 Mio. DM erreicht. Ebenso deutlich war aber auch der nachfolgende Rückgang, der die Investitionen bis 1980 auf unter 40 Mio. DM absinken ließ. Dieser Aufgabenbereich war von der Gebiets- und Verwaltungsreform wohl am deutlichsten geprägt, so vor allem in den Unterpunkten „Sportstätten“ und „Badeanstalten“. Im Vorgriff auf die Reform wurde 1973 ein Bauboom ausgelöst, der vielen der damals noch kleinen Gemeinden eine Sport- oder Mehrzweck- oder Kulturhalle und häufig zusätzlich ein Hallenbad bescherte. Die Investitionssumme für Sportstätten stieg von 6,2 Mio. DM (1970) auf 37,5 Mio. DM (1974) an; für Badeanstalten wurden 1971 noch 3,2 Mio. DM, 1975 schon 20,6

Mio. DM eingesetzt. Es waren nicht nur kurzfristig beschlossene, sondern zu einem großen Teil auch kurzfristige Bauvorhaben, mit geringgeschätzter Würdigung der finanziellen Seite, insbesondere ohne Beachtung jenes Erfahrungswertes, der besagt, daß eine solche öffentliche Investition jährliche Folgekosten in Höhe von etwa 10 % der Anschaffungs- oder Herstellungskosten verursacht, ohne daß die Benutzungsgebühren auch nur annähernd zur Kostendeckung beitragen. Dies wurde den Kommunen scheinbar erst bewußt, als Ende der siebziger Jahre die Einnahmen plötzlich nicht mehr so ergiebig flossen wie vorher. Konfrontiert mit dieser Situation, in der für weite Teile des Landes eine Überversorgung mit Freizeiteinrichtungen festgestellt wurde, sah sich manche Gemeinde in der jüngsten Vergangenheit genötigt, ihre Mehrzweckhalle oder ihr Schwimmbad zu schließen oder gar zu verkaufen, denn nur so konnten Defizite, die bis dahin in Millionenhöhe aufgelaufen waren, gebremst werden. Freilich ist nicht generell den Kommunen der Vorwurf zu machen, sie wären allzu leichtfertig mit ihren Finanzen umgegangen. Immerhin werden sie in ihrer Haushalts- und Investitionspolitik durch Zuweisungen und Zuschüsse vom Land beeinflusst, die oft nur eine geringe Eigenbeteiligung erfordern und damit zu Investitionen insbesondere in die kommunale Infrastruktur anregen.

In einem ähnlichen Verhältnis der Abhängigkeit von übergeordneten staatlichen Stellen befinden sich die Kommunen auch bei anderen Investitionsprojekten, die nicht primär dem Freizeit- und Erholungsbedarf der Bürger dienen. Die Kehrseite der Medaille ist nämlich, daß beispielsweise manche Verbesserung des öffentlichen Wegenetzes und manche Sanierungsmaßnahme sicherlich ausgeblieben wären ohne die Hilfen nach dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz oder dem Städtebauförderungsgesetz.

3.4. Der Rückschlag im Jahre 1981

In der Zeitspanne bis 1980 wird die kommunale Bautätigkeit im Saarland auch in der Gliederung nach den einzelnen Aufgabengebieten durch drei Entwicklungsstufen charakterisiert: Bis 1974/75 ging ein Investitionsschub durch fast alle Bereiche.

Die Phase von 1975 bis 1977 kann als Periode der Sättigung bezeichnet werden. Von 1978 an wurde vor allem der Bedarf an Ersatz- und Erneuerungsinvestitionen gedeckt.

Kommunale Bauinvestitionen im Saarland nach ausgewählten Aufgabenbereichen 1980 und 1981

Aufgabenbereich	1980	1981	Veränderung 1981 gegenüber 1980 in %
	Mio DM		
Bau- und Wohnungswesen, Verkehr	182,4	159,3	- 13
Öffentliche Ein- richtungen, Wirt- schaftsförderung	98,9	89,4	- 10
Schulen	45,7	44,5	- 3
Gesundheit, Sport, Erholung	40,0	38,7	- 3
Sonstige	75,7	68,8	- 9
Insgesamt	442,7	400,7	- 10

Der Investitionsgipfel von 1980 konnte jedoch 1981 nicht mehr erreicht werden. Die positiven Einnahmefeffekte durch das Steueränderungsgesetz waren abgeklungen; hinzu kam die Wirtschaftskrise, die das kommunale Steueraufkommen nur noch spärlich (netto + 1,7 %) anwachsen ließ. Doch die Ausgaben eilten weiter voran, wobei der größte Teil aufgrund vertraglicher oder gesetzlicher Verpflichtungen getätigt werden mußte. Der Zwang zum Sparen richtete sich folglich auf die freiwilligen Ausgaben: Die Investitionen bröckelten auf breiter Front ab. Mit 401 Mio. DM lagen die Bauausgaben um fast 10 % niedriger als im Jahre 1980. Ein noch stärkerer Investitionseinbruch war zuvor nur 1977 (- 15 %) registriert worden.

Auch bundesweit dürften die kommunalen Bauinvestitionen 1981 um rund 10 % zurückgegangen sein. Die entsprechenden Ergebnisse stehen allerdings noch aus.

Das vorläufige Resultat von 1982 weist für die kommunalen Bauausgaben im Saarland eine Summe von 345 Mio. DM aus. Das sind über 55 Mio. DM oder 14 % weniger als im Jahre 1981. Wenn man bedenkt, daß dem Baugewerbe in unserer Volkswirtschaft immer noch eine Schlüsselposition zukommt, so wird das ökonomische Dilemma mit all seinen Konsequenzen deutlich vor Augen geführt.

Karl Schneider
Dipl. Volkswirt

ZAHLENSPIEGEL für das SAARLAND

Die mit einem Stern(*) versehenen Angaben werden von allen Statistischen Landesämtern im "ZAHLENSPIEGEL" veröffentlicht

Berichtsmerkmal	Einheit	1980		1981			1982			
		Monatsdurchschnitt		Oktober	November	Dezember	September	Oktober	November	Dezember
Bevölkerung u. Erwerbstätigkeit										
* Bevölkerung am Monatsende	1 000	1 067,8	1 064,7	1 063,7	1 063,3	1 063,0	1 059,5	1 058,6	1 057,9	...
Natürliche Bevölkerungsbewegung										
* Eheschließungen:	Anzahl	632	617	584	416	598	707	532	390	600
* je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	7,1	7,0	6,5	4,8	6,6	8,1	5,9	4,5	...
* Lebendgeborene	Anzahl	876	875	857	804	834	910	832	874	820
* je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	9,8	9,9	9,5	9,2	9,2	10,4	9,2	10,0	...
* Gestorbene (ohne Totgeborene)	Anzahl	1 088	1 091	1 057	1 114	1 171	906	1 026	1 100	1 042
* je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	12,2	12,3	11,7	12,7	13,0	10,4	11,4	12,6	...
* Im 1. Lebensjahr Gestorbene	Anzahl	14	11	5	12	18	12	8	12	4
* je 1 000 Lebendgeborene	Anzahl	15,6	12,9	5,7	14,4	20,9	13,5	9,2	14,0	4,7
* Überschuß der Geborenen bzw. Gestorbenen (-)	Anzahl	- 212	- 216	- 200	- 310	- 337	+ 4	- 194	- 226	- 222
* je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	- 2,4	- 2,5	- 2,2	- 3,5	- 3,7	+ 0,0	- 2,2	- 2,6	...
Wanderungen										
über die Landesgrenze										
* Zugezogene	Anzahl	1 843	1 762	2 184	1 896	1 494	1 872	1 991	1 545	...
Ausländer	Anzahl	656	603	712	655	506	608	524	407	...
Erwerbspersonen	Anzahl	903	883	924	871	783	937	813	663	...
* Fortgezogene	Anzahl	1 819	1 817	2 575	1 988	1 395	2 138	2 616	2 034	...
Ausländer	Anzahl	399	453	537	531	312	464	625	574	...
Erwerbspersonen	Anzahl	1 039	997	1 213	999	758	1 127	1 190	943	...
* Wanderungssaldo	Anzahl	+ 25	- 55	- 391	- 92	+ 99	- 266	- 625	- 489	...
Ausländer	Anzahl	+ 257	+ 150	+ 175	+ 124	+ 194	+ 144	- 101	- 167	...
Erwerbspersonen	Anzahl	- 136	- 114	- 289	- 128	+ 25	- 190	- 377	- 280	...
* innerhalb des Landes Umgezogene	Anzahl	2 600	2 528	3 003	2 517	2 329	2 782	3 027	2 750	...
Arbeitsmarkt										
* Arbeitslose	Anzahl	23 903	29 914	30 879	31 988	33 568	39 280	40 629	42 193	44 641
* Männer	Anzahl	12 907	16 146	16 179	17 030	18 558	22 331	23 274	25 065	27 190
Arbeitslosenquote	%	6,5	8,1	8,4	8,7	9,1	10,0	10,4	10,8	11,4
Kurzarbeiter	Anzahl	4 265	7 850	6 024	4 984	6 807	19 756	32 801	39 096	34 062
Männer	Anzahl	3 860	7 022	5 006	3 944	5 756	18 183	30 369	35 237	29 882
Offene Stellen	Anzahl	3 159	2 097	1 459	1 321	1 065	810	818	676	614
Männer	Anzahl	2 257	1 458	1 038	927	730	554	536	403	403
Landwirtschaft										
Viehbestand										
* Rindvieh (einschl. Kälber)	1 000	73,3	71,7	-	-	71,7	-	-	-	69,5
Milchkühe	1 000	25,5	25,3	-	-	25,3	-	-	-	25,4
Schweine	1 000	49,6	48,8	-	-	48,8	-	-	-	45,1
Schlachtungen von Inlandtieren										
* Rinder	Anzahl	3 017	2 711	3 229	3 045	2 870	2 763	3 087	2 900	2 824
* Kälber	Anzahl	59	61	48	73	62	28	58	47	43
* Schweine	Anzahl	8 722	8 678	8 344	9 907	8 735	7 012	7 210	9 398	8 832
Schlachtmengen										
* Rinder	t	1 546	1 450	1 583	1 613	1 497	1 374	1 482	1 582	1 545
* Kälber	t	4	5	4	7	5	2	6	4	4
* Schweine	t	697	680	668	773	681	575	577	752	724
Milch										
* Milcherzeugung	1 000 t	9,7	9,6	8,9	8,1	8,6	9,7	9,0	8,7	8,9
* an Molkereien u. Händler geliefert	%	88,6	87,4	88,0	88,2	88,0	86,0	88,4	87,5	90,7
* Milchleistung je Kuh und Tag	kg	12,2	12,3	11,2	10,6	10,8	12,8	11,5	11,4	11,3

1) Ergebnisse der Viehzählung im Dezember 1982 sind vorläufig.

ZAHLENSPIEGEL für das SAARLAND

Berichtsmerkmal	Einheit	1980	1981	1981			1982			
		Monatsdurchschnitt		Oktober	November	Dezember	September	Oktober	November	Dezember
Produzierendes Gewerbe										
Bergbau u. Verarbeitendes Gewerbe ¹⁾										
Betriebe	Anzahl	597	590	584	582	581	587	593	593	593
* Beschäftigte	1 000	155	154	154	154	153	151	149	148	145
* Arbeiter ²⁾	1 000	122	121	121	121	120	118	117	115	113
* Geleistete Arbeiterstunden	1 000	16 950	16 580	17 923	16 880	15 324	16 102	15 674	15 226	14 369
Löhne und Gehälter	Mill. DM	435	457	499	592	468	431	484	488	519
* Löhne	Mill. DM	312	326	369	395	331	299	353	323	363
* Gehälter	Mill. DM	123	131	130	177	137	132	131	165	156
* Kohleverbrauch	1 000 t SKE ³⁾	483	463	490	524	492	254	388	369	373
* Gasverbrauch ⁴⁾	Mill. cbm.	74	84	87	87	87	60	60	58	62
* Heizölverbrauch	1 000 t	24	18	17	21	26	10	15	16	17
* leichtes Heizöl	1 000 t	6	5	—	—	—	—	—	—	—
* schweres Heizöl	1 000 t	18	13	—	—	—	—	—	—	—
* Stromverbrauch	Mill. kWh	375	380	413	403	386	328	353	355	343
* Stromerzeugung	Mill. kWh	560	509	585	638	571	201	565	523	463
* Umsatz aus eigener Erzeugung	Mill. DM	1 643	1 750	1 940	1 822	1 769	1 822	1 809	1 815	1 740
* Auslandsumsatz	Mill. DM	539	572	649	636	606	648	619	667	587
Auftragseingang insgesamt ⁵⁾	1976 = 100	129	136	139	122	128	118	125	125	132
aus dem Ausland	1976 = 100	133	146	151	129	150	125	137	135	149
Index der Nettoproduktion ⁶⁾ im Bergbau u. Verarbeitenden Gewerbe										
Bergbau	1970 = 100	113,0	120,5	123,3	121,4	111,3	117,4	124,7	129,4	124,2
* Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	1970 = 100	102,0	99,0	102,2	108,3	86,3	84,2	72,2	81,9	66,2
Herstellung und Verarbeitung von Steinen und Erden	1970 = 100	111,1	104,7	122,6	115,1	56,5	116,7	111,3	113,4	61,3
Eisenschaffende Industrie	1970 = 100	86,9	86,8	84,4	97,5	81,9	66,4	48,9	60,8	54,4
* Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	1970 = 100	193,4	206,1	233,4	231,4	193,8	209,2	218,9	225,9	166,8
Fahrzeugbau	1970 = 100	350,7	406,0	487,7	469,5	348,3	464,9	482,0	488,0	355,9
Maschinenbau	1970 = 100	144,0	134,8	138,5	146,8	163,5	125,6	140,9	128,6	112,7
Stahlbau	1970 = 100	108,1	110,0	106,7	121,0	116,2	78,5	85,5	112,5	66,8
* Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	1970 = 100	119,4	115,7	118,6	122,8	100,5	108,3	117,5	122,4	92,4
* Nahrungs- und Genußmittelgewerbe	1970 = 100	108,1	106,6	103,5	109,2	108,0	107,2	104,1	114,4	102,9
Produktion ausgewählter Erzeugnisse										
Steinkohleförderung	1 000 t	844,0	898,1	961,1	877,8	832,7	946,9	949,2	936,5	963,0
Roheisen	1 000 t	361,2	353,4	359,3	352,9	331,6	229,4	199,0	184,5	212,8
Rohstahl	1 000 t	404,9	391,7	407,7	402,2	375,5	225,8	218,9	209,7	247,2
Walzstahlfertigerzeugnisse	1 000 t	275,7	277,0	289,7	301,4	272,0	215,3	162,3	184,9	189,0
Handwerk ⁷⁾										
* Beschäftigte (Ende des Vj.)	1976 = 100	105,9	105,7	—	—	105,7	106,0	—	—	104,3
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	VjD1976=100	129,8	138,8	—	—	162,9	134,7	—	—	152,7
Öffentliche Energieversorgung										
* Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	842,5	829,5	962,3	1 031,7	920,2	489,3	848,5	808,6	804,1
* Stromverbrauch	Mill. kWh	668,6	677,5	719,7	738,9	769,0	579,5	635,5	655,5	710,4
* Gaserzeugung	Mill. cbm	74,5	75,6	77,2	74,2	76,6	54,1	55,5	52,3	58,6
Bauwirtschaft u. Wohnungswesen										
Bauhauptgewerbe										
* Beschäftigte	Anzahl	22 434	20 915	20 353	20 213	19 751	20 203	19 828	19 564	18 953
dar.: Facharbeiter	Anzahl	11 472	10 521	10 082	10 046	9 826	10 445	10 269	10 186	9 953
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000	2 581	2 250	2 566	2 361	1 421	2 701	2 485	2 367	1 608
* Wohnungsbau	1 000	1 009	829	863	778	515	924	864	818	586
* Gewerblicher u. industrieller Bau ⁸⁾	1 000	554	536	642	599	390	708	652	623	439
* Öffentlicher und Verkehrsbau	1 000	1 018	885	1 061	984	516	1 069	969	926	583
Hochbau	1 000	197	157	169	174	100	182	177	182	130
Tiefbau	1 000	821	728	892	810	416	887	792	744	453
Löhne und Gehälter	Mill. DM	56,3	53,1	56,5	67,7	43,6	57,7	56,0	76,9	44,8
* Löhne	Mill. DM	47,4	44,0	47,7	56,0	33,3	48,2	46,8	63,3	34,6
* Gehälter	Mill. DM	8,9	9,1	8,8	11,7	10,3	9,5	9,2	13,6	10,2
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	181,3	170,5	196,4	209,9	227,1	190,7	185,8	191,9	225,6
Auftragseingang ¹⁾	Mill. DM	123,5	100,0	100,4	94,7	76,6	112,4	79,0	90,6	102,9
Wohnungsbau	Mill. DM	38,3	34,8	27,0	36,9	26,2	32,3	27,1	26,9	20,3
Gewerblicher u. industrieller Bau ⁸⁾	Mill. DM	29,1	27,4	24,3	33,7	23,7	24,7	24,2	21,9	34,4
Öffentlicher u. Verkehrsbau	Mill. DM	56,1	37,8	49,1	24,1	26,7	55,4	27,7	41,8	48,2

1) Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. 2) Einschl. gewerblich Auszubildender. 3) Eine Tonne Steinkohleneinheit (t SKE) = 1 t Steinkohle oder — briketts = 1,3 t Steinkohlenkoks = 1,46 t Braunkohlenbriketts = 3,85 t Rohbraunkohle. 4) Umgerechnet auf einen Heizwert von 8 400 kcal/Nm³. 5) Verarbeitendes Gewerbe ohne Nahrungs- und Genußmittelgewerbe. 6) Von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt. 7) Ohne handwerkliche Nebenbetriebe. 8) Einschl. landwirtschaftlicher Bau. p) Vorläufige Ergebnisse.

ZAHLENSPIEGEL für das SAARLAND

Berichtsmerkmal	Einheit	1980	1981				1982			
		Monatsdurchschnitt	Oktober	November	Dezember	September	Oktober	November	Dezember	
Baugenehmigungen										
* Wohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	276	235	184	149	143	177	123	117	167
* mit 1 Wohnung	Anzahl	185	139	102	93	65	116	62	71	106
* mit 2 Wohnungen	Anzahl	77	77	68	38	60	39	37	37	46
* mit 3 und mehr Wohnungen ¹⁾	Anzahl	14	19	14	18	18	22	24	9	15
* Umbauter Raum	1 000 cbm	304	285	216	186	204	205	231	169	193
* Wohnfläche	1 000 qm	46,9	44,6	33,8	30,3	33,2	33,0	38,4	25,9	27,6
* Wohnräume	Anzahl	2 217	2 087	1 581	1 463	1 563	1 645	1 722	1 198	1 396
Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mill. DM	77,9	79,5	60,8	51,9	58,2	60,2	73,2	51,2	61,2
* Nichtwohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	37	35	38	32	34	35	33	20	24
* Umbauter Raum	1 000 cbm	221	165	148	191	176	224	174	135	328
* Nutzfläche	1 000 qm	36,5	26,7	27,7	27,1	32,4	43,9	30,5	23,8	32,0
Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mill. DM	36,1	35,6	53,8	49,0	34,3	50,2	37,1	23,7	22,2
* Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	538	542	385	425	426	403	626	349	323
Handel und Gastgewerbe										
Ausfuhr (Spezialhandel)										
* Ausfuhr insgesamt	Mill. DM	619,6	654,6	789,2	725,8	678,2	712,6	757,1	751,5	708,7
Nach Warengruppen										
* Ernährungswirtschaft	Mill. DM	13,0	12,8	15,1	12,3	10,9	15,5	15,6	16,1	16,0
* Gewerbliche Wirtschaft	Mill. DM	606,6	641,8	774,1	713,5	667,4	697,0	741,5	735,4	692,7
* Rohstoffe	Mill. DM	23,6	26,7	24,4	21,0	22,4	14,2	49,0	51,2	47,9
* Halbwaren	Mill. DM	77,9	75,8	93,1	72,9	75,9	69,0	97,0	79,1	59,9
* Fertigwaren	Mill. DM	505,2	539,2	656,7	619,6	569,1	613,9	595,5	605,1	585,0
Nach ausgewählten Verbrauchsländern										
* EG - Länder	Mill. DM	411,7	474,1	568,9	528,0	503,6	496,9	554,5	563,4	531,1
darunter:										
Frankreich	Mill. DM	262,4	283,1	335,3	309,8	275,3	277,0	319,1	307,7	296,1
EFTA - Länder	Mill. DM	62,3	77,9	82,3	74,2	62,3	91,5	84,1	70,8	81,9
USA und Kanada	Mill. DM	70,4	19,8	25,1	20,6	18,0	25,1	30,6	13,4	12,4
Entwicklungsländer mit OPEC-L.	Mill. DM	57,7	48,2	61,0	59,2	51,4	47,2	47,5	54,2	49,7
Staatshandelsländer	Mill. DM	16,7	15,9	22,5	17,4	17,1	18,9	26,9	27,0	9,6
Einfuhr (Spezialhandel)										
Einfuhr insgesamt	Mill. DM	392,4	424,1	505,1	472,2	392,9	412,2	428,0	316,3	405,1
Nach Warengruppen										
* Ernährungswirtschaft	Mill. DM	75,4	80,1	73,4	84,6	92,1	74,0	70,2	75,8	83,1
* Gewerbliche Wirtschaft	Mill. DM	317,0	344,0	431,7	387,7	300,8	338,2	357,9	240,5	322,0
Aus ausgewählten Ländern										
* EG - Länder	Mill. DM	247,6	284,6	318,9	332,1	285,3	252,5	260,6	239,8	267,2
darunter:										
Frankreich	Mill. DM	182,6	215,2	247,4	245,4	216,6	183,7	193,1	172,3	204,5
EFTA - Länder	Mill. DM	10,2	10,8	14,2	11,4	12,5	9,4	10,9	9,9	9,9
USA und Kanada	Mill. DM	12,6	13,4	11,1	15,8	13,0	18,8	6,9	13,6	9,8
Entwicklungsländer mit OPEC-L.	Mill. DM	112,7	97,0	144,0	81,8	67,8	121,6	139,2	43,0	92,6
Staatshandelsländer	Mill. DM	2,8	4,4	2,1	7,8	2,9	3,5	1,5	1,7	3,1
Einzelhandel ²⁾										
Nominale Umsatzentwicklung ³⁾										
insgesamt	1980 = 100	100,0	105,8	115,5	111,0	141,1	102,1	110,5	113,4	143,6
Nahrungsm., Getränke, Tabakwaren	1980 = 100	100,0	106,3	111,0	106,1	128,2	107,3	110,5	108,2	129,9
Textilien, Bekleidung, Schuhen, Lederwaren	1980 = 100	100,0	102,9	125,0	123,8	158,6	82,2	115,7	123,0	152,0
Einrichtungsgegenstände (oh. Elektrotechn. usw.)	1980 = 100	100,0	98,4	113,5	113,6	138,6	96,8	101,9	112,6	148,7
Elektrotechn. Erzeugn., Musikinstrumente usw.	1980 = 100	100,0	104,4	109,3	129,8	199,2	105,5	111,2	145,0	225,6
Papierwaren, Druckerzeugn., Büromaschinen	1980 = 100	100,0	107,1	100,7	107,4	160,1	134,0	101,2	111,3	152,5
Pharmazeut., kosmet. und medizin. Erzeugnisse usw.	1980 = 100	100,0	106,9	109,3	107,7	128,3	104,1	110,0	108,2	131,6
Kraft- u. Schmierstoffe (Tankst.)	1980 = 100	100,0	122,6	135,8	131,2	127,0	115,9	144,5	135,3	122,8
Fahrzeuge, Fahrzeugteile u. -reifen	1980 = 100	100,0	100,4	101,1	92,9	92,1	83,4	89,7	85,0	85,0
Sonstige Waren	1980 = 100	100,0	108,7	121,4	113,0	153,8	108,9	115,4	118,9	158,8
Reale Umsatzentwicklung ³⁾										
insgesamt	1980 = 100	100,0	100,2	108,1	103,5	131,2	91,5	98,8	101,2	128,3
Entwicklung der Beschäftigtenzahl	1980 = 100	100,0	99,6	99,5	100,0	100,2	96,7	97,7	97,8	98,0

1) Einschließlich Wohnheime 2) Vorläufige Meßziffern 3) Einschließlich Mehrwertsteuer.

ZAHLENSPIEGEL für das SAARLAND

Berichtsmerkmal	Einheit	1980				1981			1982			
		Monatsdurchschnitt	Oktober	November	Dezember	September	Oktober	November	Dezember			
Gastgewerbe												
* Umsatz	1980= 100	100,0	107,3	117,1	112,1	115,3	107,5	115,8	111,4	117,5		
Beherbergungsgewerbe	1980= 100	100,0	106,4	120,1	107,7	103,1	115,7	121,0	106,4	98,6		
Gaststättengewerbe	1980= 100	100,0	107,9	116,8	113,5	118,4	105,9	114,8	112,7	121,3		
Beschäftigte	1980= 100	100,0	103,0	105,1	105,1	103,4	98,8	99,4	98,3	100,9		
Fremdenverkehr ¹⁾												
* Fremdenmeldungen	Anzahl	33 845	32 193	38 635	32 237	22 578	37 397	36 719	30 378	22 490		
* Ausländer	Anzahl	5 795	5 570	6 650	4 285	2 738	5 290	5 205	3 662	2 545		
* Fremdenübernachtungen	Anzahl	101 054	96 941	109 255	93 033	78 513	105 232	104 655	90 124	68 510		
* Ausländer	Anzahl	11 164	10 587	10 933	8 240	6 353	8 955	8 383	6 390	4 781		
Verkehr												
Binnenschifffahrt												
* Bergverkehr Mosel*)	1 000 t	442	317	233	345	247	266	376	362	235		
* Talverkehr Mosel*)	1 000 t	317	279	319	282	188	258	291	223	172		
Straßenverkehr												
* Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrz.	Anzahl	4 167	4 084	3 745	3 215	2 790	3 119	3 613	2 745	2 798		
* Personen- und Kombinationskraftwagen	Anzahl	3 715	3 555	3 410	2 941	2 492	2 710	3 311	2 474	2 554		
Bestand an Kraftfahrzeugen ²⁾	Anzahl	465 945	474 421	—	—	—	—	—	—	482 450		
Personen- und Kombinationskraftwagen	Anzahl	414 826	420 290	—	—	—	—	—	—	425 744		
Straßenverkehrsunfälle	Anzahl	2 792	2 773	3 106	2 788	3 515	2 544	2 847	2 854	3 290		
* Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	595	554	596	541	487	601	534	503	559		
Unfälle mit nur Sachschaden	Anzahl	2 197	2 219	2 510	2 247	3 028	1 943	2 313	2 351	2 731		
Verunglückte Personen darunter:	Anzahl	801	744	792	740	631	814	721	671	716		
* Getötete	Anzahl	19	17	16	16	15	16	21	19	19		
Straßenverkehrsunternehmen ³⁾												
Wagenkilometer insgesamt	1 000	3 019	3 028	3 310	3 022	2 888	3 087	3 181	2 865	2 995		
Beförderte Personen insgesamt	1 000	7 436	7 399	8 661	7 696	7 467	7 127	8 194	6 986	7 503		
Erlöse aus Beförderungen insgesamt	1 000 DM	6 954	7 487	8 441	7 899	8 171	7 264	8 794	7 906	8 271		
Geld und Kredit												
Kredite und Einlagen ⁴⁾ (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)												
* Kredite an Nichtbanken insgesamt ⁵⁾	Mill. DM	16 717,1	18 491,0	18 841,7	18 937,4	19 146,6	19 787,2	19 877,3	19 908,7	20 292,1		
* darunter: Kredite an inländische Nichtbanken	Mill. DM	16 452,4	18 192,9	18 533,9	18 631,1	18 813,8	19 424,0	19 483,5	19 520,8	19 834,4		
an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	13 171,2	14 774,7	15 043,6	15 165,4	15 333,7	15 862,5	15 852,4	15 872,4	16 087,5		
an öffentliche Haushalte	Mill. DM	3 281,2	3 418,2	3 490,3	3 465,7	3 480,1	3 561,5	3 631,1	3 648,4	3 746,9		
* Kurzfristige Kredite (bis zu 1 Jahr)	Mill. DM	3 478,8	4 236,5	4 156,9	4 287,0	4 405,3	4 575,9	4 497,2	4 457,7	4 545,4		
* an Unternehmen u. Privatpers.	Mill. DM	3 291,6	4 016,5	3 955,8	4 086,1	4 180,3	4 352,5	4 273,0	4 253,6	4 305,5		
* an öffentliche Haushalte	Mill. DM	187,2	220,0	201,1	200,9	225,0	223,4	224,2	204,1	239,9		
* Mittelfristige Kredite (1 bis 4 Jahre)	Mill. DM	2 074,9	2 136,2	2 217,2	2 207,5	2 247,1	2 189,3	2 202,3	2 197,3	2 220,9		
* an Unternehmen u. Privatpers.	Mill. DM	1 825,8	1 877,1	1 926,6	1 924,5	1 964,0	1 921,4	1 933,0	1 923,0	1 948,0		
* an öffentliche Haushalte	Mill. DM	249,1	259,1	290,6	283,0	283,1	267,9	269,3	274,3	272,9		
* Langfristige Kredite (mehr als 4 J.) ⁶⁾	Mill. DM	10 898,6	11 820,2	12 159,8	12 136,6	12 161,4	12 658,8	12 784,0	12 865,8	13 068,1		
* an Unternehmen u. Privatpers.	Mill. DM	8 053,7	8 881,0	9 161,2	9 154,8	9 189,4	9 588,6	9 646,4	9 695,8	9 834,0		
* an öffentliche Haushalte	Mill. DM	2 844,9	2 939,2	2 998,6	2 981,8	2 972,0	3 070,2	3 137,6	3 170,0	3 234,1		

1) Ab Januar 1981 neuer Berichtskreis. — 2) Jahresenda bzw. 30. Juni. — 3) Ab Juli 1980 nur noch monatliche Erfassung der Unternehmen mit 3 und mehr Mill. Umsatz: Unter 3 Mill. Umsatz vierteljährlich bzw. jährliche Erfassung. — 4) Ohne Kredite von -/ und Einlagen bei der Landeszentralbank im Saarland. — 5) Ohne Schatzwechsel, Unverzinsliche Schatzanweisungen und Bestände an Wertpapieren. — 6) Durchlaufende Kredite ab Dezember 1980 nur noch in langfristigen Krediten enthalten.

ZAHLENSPIEGEL für das SAARLAND

Berichtsmerkmal	Einheit	1980	1981		1982			
		Monatsdurchschnitt	Oktober	Januar	April	Juli	Oktober	
Löhne und Gehälter								
Arbeiter in Industrie und Hoch- und Tiefbau								
Bruttowochenverdienste								
* männliche Arbeiter	DM	587	617	639	634	647	657	623
* darunter Facharbeiter	DM	625	652	674	672	680	693	668
* weibliche Arbeiter	DM	389	412	421	425	438	439	427
* darunter Hilfsarbeiter	DM	383	407	416	420	430	432	420
Bruttostundenverdienste								
* männliche Arbeiter	DM	13,98	14,86	15,18	15,34	15,74	15,77	16,01
* darunter Facharbeiter	DM	14,71	15,60	15,93	16,08	16,50	16,52	16,82
* weibliche Arbeiter	DM	9,85	10,48	10,72	10,85	11,11	11,15	11,16
* darunter Hilfsarbeiter	DM	9,78	10,39	10,62	10,70	10,93	10,96	10,95
Angestellte, Bruttomonatsverdienst in Industrie u. Hoch- u. Tiefbau								
kaufmännische Angestellte,								
* männlich	DM	3 384	3 502	3 601	3 650	3 727	3 778	3 655
* weiblich	DM	2 253	2 353	2 408	2 435	2 497	2 535	2 490
technische Angestellte,								
* männlich	DM	3 808	3 966	4 111	4 130	4 199	4 267	4 113
* weiblich	DM	2 281	2 410	2 502	2 511	2 571	2 611	2 577
* in Handel, Kredit u. Versicherungen								
kaufmännische Angestellte								
* männlich	DM	2 820	2 980	3 043	3 082	3 161	3 185	3 195
* weiblich	DM	1 840	1 957	2 001	2 039	2 076	2 113	2 108

BUNDESZAHLEN

Berichtsmerkmal	Einheit	1980	1981			1982				
		Monatsdurchschnitt	Oktober	November	Dezember	September	Oktober	November	Dezember	
Bevölkerung und Erwerbstätigkeit										
Bevölkerung	1 000	61 566	61 682	61 723	61 721	61 713	61 604
Arbeitslose	1 000	889	1 272	1 366	1 490	1 704	1 820	1 920	2 038	2 223
Männer	1 000	426	652	679	773	955	983	1 040	1 126	1 281
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe ¹⁾										
Beschäftigte	1 000	7 660	7 489	7 472	7 440	7 378	7 236	7 175	7 134	7 072
Geleistete Arbeitsstunden	Mill. Std.	763	726	782	750	680	715	702	697	645
Umsatz	Mill. DM	99 712	104 661	114 731	110 783	111 285	113 389	108 202	111 218	113 347
Index der Nettoproduktion ¹⁰⁾ im Bergbau u. Verarbeitenden Gewerbe	1976 = 100	109,6	108,0	112,3	117,3	106,7	105,6	106,3	110,0	98,5
Bergbau	1976 = 100	98,2	98,9	100,7	104,4	101,1	92,5	95,6	100,0	92,0
Grundstoffe u. Produktionsgüter	1976 = 100	108,5	104,5	107,6	109,3	91,8	99,1	98,0	99,5	86,0
Investitionsgüter	1976 = 100	112,9	112,9	118,0	125,5	120,6	113,3	113,0	118,1	109,0
Verbrauchsgüter	1976 = 100	106,5	101,2	107,4	110,5	94,6	100,4	102,5	105,3	90,5
Nahrungs- und Genußmittel	1976 = 100	107,4	109,8	112,0	118,4	108,4	103,0	108,2	113,4	101,2
Steinkohlenförderung	1 000 t	7 262	7 372	7 738	7 440	7 317	7 299	7 205	7 136	7 382
Rohbraunkohlenförderung	1 000 t	10 819	10 885	11 792	11 855	12 318	9 865	11 008	11 172	11 429
Produktion von Rohstahl	1 000 t	3 653	3 468	3 614	3 616	3 092	2 676	2 514	2 522	2 103
Roheisen	1 000 t	2 823	2 656	2 711	2 705	2 419	2 017	1 914	1 854	1 651
Walzstahl	1 000 t	2 638	2 571	2 723	2 713	2 389	2 150	1 833	1 837	1 773
Bauhauptgewerbe										
Beschäftigte	1 000	1 262,8	1 226,0	1 228,3	1 205,7	1 172,5	1 191,9	1 171,7	1 151,3	1 120,5
Löhne und Gehälter	Mill. DM	3 120,1	3 132,2	3 469,0	4 094,6	2 434,2	3 488,9	3 317,3	4 416,5	2 978,3
Geleistete Arbeitsstunden insgesamt	1 000 Std.	145 413	134 496	162 816	140 707	81 547	157 589	148 242	140 902	103 026
für Wohnungsbau	1 000 Std.	59 621	54 954	65 728	56 397	31 989	64 117	61 145	57 565	42 347
gewerblichen u. industriellen Bau	1 000 Std.	33 467	31 853	37 543	32 835	22 558	36 486	34 084	32 907	25 733
Produktionsindex Baugewerbe ²⁾	1976 = 100	114,2	105,3	123,5	114,6	68,7	112,9	112,9	107,7	75,5 ^p
Handel										
Einfuhr	Mill. DM	28 448	30 765	32 395	32 174	30 808	30 973	31 878	31 779	31 621
Ernährungswirtschaft	Mill. DM	3 614	3 982	4 235	4 335	4 414	3 941	3 994	4 342	4 506
Gewerbliche Wirtschaft	Mill. DM	24 476	26 392	27 717	27 365	26 031	26 655	27 371	26 992	26 619
Ausfuhr	Mill. DM	29 194	33 075	37 737	36 120	35 949	36 154	35 874	36 627	38 009
Gewerbliche Wirtschaft	Mill. DM	27 446	30 922	35 576	33 986	33 740	33 942	33 652	34 317	35 626
Fertigwaren	Mill. DM	24 337	27 509	31 897	30 553	30 597	30 537	30 028	30 556	32 147
Einzelhandelsumsätze in jeweiligen Preisen	1970 = 100	202,2	207,7 _n	227,4 _n	224,7 _p	278,1 _p	196,0 _p	219,0 _p	232,3 _p	279,2 _p
Preise										
Index der Erzeugerpreise landwirtschaftl. Produkte ³⁾	1976 = 100	99,3	104,6	108,4	110,3	111,4	109,0	108,1	109,2 _p	110,1 _p
Index der Erzeugerpreise industrieller Produkte	1976 = 100	117,1	126,2	129,0	129,5	129,8	134,4	134,9	134,8	134,5
Preisindex für Wohngebäude ⁵⁾	1976 = 100	134,1	142,0	—	143,7	—	—	—	—	—
Preisindex für die Lebenshaltung ⁶⁾	1976 = 100	117,0	123,9	125,8	126,4	126,8	131,6	132,0	132,3	132,6
Lebenshaltung insgesamt	1976 = 100	112,7	118,2	119,0	119,8	120,3	126,2	125,9	126,2	126,6
Nahrungs- und Genußmittel	1976 = 100	120,8	126,8	128,6	129,5	129,7	133,5	133,9	134,5	134,6
Kleidung, Schuhe	1976 = 100	115,4	120,4	122,2	122,6	123,0	127,6	128,1	128,7	129,2
Wohnungsmieten	1976 = 100	137,6	157,8	163,8	166,0	166,4	172,9	177,4	177,9	174,8
Elektrizität, Gas, Brennstoffe	1976 = 100	116,7	123,7	124,8	126,1	126,7	129,3	129,7	130,3	130,9
Übrige Waren und Dienstleistungen für die Haushaltsführung	1976 = 100	116,7	123,7	124,8	126,1	126,7	129,3	129,7	130,3	130,9
Geld und Kredit ⁷⁾										
Bargeldumlauf	Mill. DM	91 191	91 607	88 485	91 049	91 607	93 189	93 488	95 948	96 695
Einlagen inländischer Nichtbanken bei Kreditinstituten	Mill. DM	1 155 723	1 217 985	1 161 043	1 182 587	1 217 985	1 226 577	1 233 368	1 249 696	1 292 179 _p
Spareinlagen	Mill. DM	485 801	482 987	451 878	454 180	482 987	481 389	483 685	486 847	518 185 _p
Kredite an ⁸⁾	Mill. DM	1 140 434	1 223 248	1 201 510	1 204 720	1 223 248	1 260 588	1 267 294	1 267 595	1 289 229 _p
Unternehmen und Privatpersonen ⁹⁾	Mill. DM	321 558	368 796	355 685	362 681	368 796	389 209	395 591	401 065	408 730 _p
Öffentliche Haushalte	Mill. DM	321 558	368 796	355 685	362 681	368 796	389 209	395 591	401 065	408 730 _p
Steuern (ab 1970 ohne durchlfd. Posten)										
Kassenmäßige Einnahmen aus Bundes- u. Landessteuern	Mill. DM	26 136	26 693	24 350	24 710	48 903	35 495	25 069	25 028	50 353
Veranlagte Einkommensteuer	Mill. DM	3 066	2 744	301	95	8 375	7 809	270	— 100	8 294
Umsatz- und Umsatzausgleichsteuer	Mill. DM	7 787	8 149	7 916	8 740	8 762	7 542	8 077	8 529	8 685
Zölle	Mill. DM	384	412	430	413	430	400	408	374	395
Tabaksteuer	Mill. DM	940	937	959	1 068	1 958	827	1 071	1 139	2 329
Brantweinmonopol	Mill. DM	324	373	284	248	690	284	285	281	712

1) Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. 2) Ohne Ausbaugewerbe. 3) Ohne Umsatz- (Mehrwert-) steuer und ohne Auswertungsausgleich. 4) Die Durchschnittswerte wurden berechnet durch Wägung der Vierteljahresdurchschnittswerte der einzelnen Waren mit den entsprechenden Vierteljahresumsätzen im Kalenderjahr 1976. 5) Einschließlich Umsatz- (Mehrwert-) steuer. 6) Aller privaten Haushalte. 7) Stand am Monatsende; statt MD Bestand am Jahresende. 8) Kredite aller Kreditinstitute an Nichtbanken. 9) Einschließlich Deutsche Bundesbahn und Deutsche Bundespost. 10) Von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt. p) Vorläufige Zahl

— ANHANG —

Mitteilung des Amtes

Statistisches Handbuch für das Saarland, Ausgabe 1982 erschienen.

Mit der Ausgabe 1982 des Statistischen Handbuches für das Saarland wird die in zweijährigem Turnus erscheinende Veröffentlichungsreihe fortgesetzt, die einen umfassenden Überblick über das für das Saarland vorliegende Zahlenmaterial aus Wirtschaft, Verwaltung und Gesellschaft vermittelt.

Während die Gliederung des Handbuches erhalten werden konnte, mußten im Bereich einiger Statistiken systematische Änderungen vorgenommen werden, die Folge gesetzlicher Bestimmungen oder sachlicher Erwägungen sind.

Preis: 35,- DM

S A A R L A N D H E U T E erschienen.

Das Faltblatt enthält statistische Kurzinformationen in mehrjährigem Vergleich aus dem Arbeitsgebiet der amtlichen Statistik für das Saarland. Die Ausgabe 1983 kann beim Statistischen Amt des Saarlandes bezogen werden.

Repräsentative Wahlstatistik der Bundestagswahl 1983

In Kürze wird eine Analyse der Bundestagswahl 1983 erscheinen, die folgende Schwerpunkte aufweist:

Teil I der Schrift enthält Ergebnisse der repräsentativen Wahlstatistik mit Textbeiträgen, die Aufschluß über die geschlechts- und altersspezifische Struktur der Wahlberechtigten und Wähler vermitteln.

Teil II beinhaltet hierarchisch geordnet die endgültigen Gesamtergebnisse der Bundestagswahl 1983, und zwar für das Saarland insgesamt, die Wahlkreise, die Verwaltungskreise, die Gemeinden sowie für die Ortsteile.

In beiden Teilen werden zu Vergleichszwecken die Ergebnisse früherer Bundestagswahlen aufgeführt.

Preis: 10,00 DM

VERÖFFENTLICHUNGEN DES STATISTISCHEN AMTES DES SAARLANDES

I. Zusammenfassende Schriften

Statistisches Handbuch für das Saarland

Erscheint zweijährlich im Wechsel mit "Statistisches Taschenbuch für das Saarland".

Das Statistische Handbuch vermittelt aus dem Bereich der amtlichen Statistik die jeweils aktuellen Ergebnisse. Dem Benutzer steht reiches Zahlenmaterial aus sämtlichen Bereichen des wirtschaftlichen, kulturellen und sozialen Lebens zur Verfügung. Durch Zeit- und regionale Vergleiche lassen sich Entwicklungen in der Bevölkerungs-, der Wirtschafts- und Sozialstruktur erkennen.

Statistisches Taschenbuch für das Saarland

Erscheint zweijährlich im Wechsel mit "Statistisches Handbuch für das Saarland".

Das Statistische Taschenbuch will die jährliche Erscheinungspause des "Handbuchs" durch Publizierung der jeweils neusten, wichtigsten Daten der amtlichen Statistik ausfüllen. In seiner Gliederung ist es nicht so differenziert angelegt wie das bedeutend umfangreichere "Handbuch". In einem Anhang werden zusätzlich die wichtigsten Daten der amtlichen Statistik für das Bundesgebiet aufgeführt.

SAARLAND HEUTE – Statistische Kurzinformationen

II. Fachstatistische Schriften

Handbuch Steuern und Finanzen

Erscheinungsweise jährlich.

Das Handbuch stellt Grunddaten über die aktuelle Finanzsituation im öffentlichen Bereich zur Verfügung. Angegeben sind sowohl einfache Bestandszahlen als auch funktional gegliederte Ergebnisse für Gemeinden und Land.

Statistische Berichte

Zur schnellen Unterrichtung von Verwaltung und anderen Interessenten werden hier die neusten Ergebnisse der laufenden Statistiken wie auch die ersten Resultate von Sondererhebungen veröffentlicht. Ihre sachliche Gliederung ist sehr differenziert und bundeseinheitlich festgelegt.

BILDUNG 81 – Kurzinformationen

III. Reihen

Einzelschriften zur Statistik des Saarlandes

In dieser Reihe, die bis heute etwa 55 Einzelschriften umfaßt, werden aus dem gesamten Spektrum der amtlichen Statistik schwerpunktmäßig Einzelthemen behandelt.

Saarland in Zahlen (Sonderheft)

In dieser Serie werden die Ergebnisse von periodisch wiederkehrenden Zählungen veröffentlicht.

Gemeinde- und Kreisstatistiken

IV. Verzeichnisse

wie Gemeindeverzeichnis, Schulverzeichnis, Krankenhausverzeichnis, Märkte im Saarland usw. werden jährlich aktualisiert herausgegeben.

Amtliches Behördenverzeichnis

Veröffentlichungen der amtlichen Statistik des Saarlandes im 1. Quartal 1983

Veröffentlichungen des Statistischen Amtes des Saarlandes im Monat September 1982

Statistische Berichte

Studien- und Berufswünsche im Saarland 1982	B I 3 — J — 1982
Ausländische Beschäftigte und Grenzgänger in der saarländischen Wirtschaft am 31. März 1982	D II — hj — 1/82
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe im Juni 1982	E I 1 — m — 6/82
Industrielle Produktion im Juni 1982	E I 2 — m — 6/82
Bauhauptgewerbe und Ausbaugewerbe im Juni 1982	E II 1 E III 1 — m — 6/82
Außenhandel im Mai 1982	G III 1,3 — m — 5/82
Außenhandel im Juni 1982	G III 1,3 — m — 6/82
Kraftfahrzeugbestand am 1. Januar 1982 und Neuzulassungen im Jahre 1981	H I 2 — hj — 2/82
Binnenschifffahrt Juni 1982	H II 1 — m — 6/82
Schuldenstand von Land und Gemeinden am 31. Dezember 1981	L III 1 — j — 81
Preisindex für die Lebenshaltung August 1982	M I 2 — m — 8/82
Umweltschutzinvestitionen im Produzierenden Gewerbe 1980	Q III 1 — j — 80 GMBL. Saar 1982, S. 366

Veröffentlichungen des Statistischen Amtes des Saarlandes im Monat Oktober 1982

Statistische Berichte

Sterbefälle nach Todesursachen im 2. Vierteljahr 1982	A IV 3 — vj — 2/82
Bauhauptgewerbe und Ausbaugewerbe im Juli 1982	E II 1 E III 1 — m — 7/82
Das Handwerk im 2. Vierteljahr 1982	E V 1 — cj — 2/82
Außenhandel im Juli 1982	G III 1,3 — m — 07/82
Fremdenverkehr im Sommerhalbjahr 1981	G IV 1,2 — hj — 2/81
Kommunale Finanzen im 2. Vierteljahr 1982	L II.2 — vj — 2/82

Verdienste und Arbeitszeiten im Handwerk im Mai 1982	N I 2 — hj — 1/82
Umweltstatistiken — Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung im Produzierenden Gewerbe 1979 —	Q I 1 — 2/79

Veröffentlichungen

Statistische Nachrichten — Vierteljahresheft — Ausgabe 3/1982

Einzelschriften zur Statistik des Saarlandes Nr. 57
— Amtliches Behördenverzeichnis: Stand April 1982 —
GMBL. Saar 1982, S. 366

Veröffentlichungen des Statistischen Amtes des Saarlandes im Monat November 1982

Statistische Berichte

Eheschließungen, Geborene und Gestorbene im 2. Vierteljahr 1982	A II 1 — vj — 2/82
Schweinebestand im April 1982	C III 1 — vj — 1/82
Rindvieh- und Schafbestände am 3. Juni 1982	C III 1 — vj — 2/82
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe im Juli 1982	E I 1 — m — 7/82
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe im August 1982	E I 1 — m — 8/82
Industrielle Produktion im Juli 1982	E I 2 — m — 7/82
Industrielle Produktion im August 1982	E I 2 — m — 7/82
Fremdenverkehr im Januar und Februar 1982	G IV.1 — m — 1 + 2/82
Straßenverkehrsunfälle im Jahr 1981	H I 1 — j — 1981
Straßenverkehrsunfälle im Juni 1982	H I 1 — m — 6/82
Straßenverkehrsunfälle im Juli 1982	H I 1 — m — 7/82
Kriegsopferfürsorge 1981	K III 3 — j/1981
Preisindex für die Lebenshaltung im September 1982	M I 2 — m — 9/82
Preisindex für Bauwerke August 1982	M I 4 — wj — 3/82
Aktuelle Wirtschaftszahlen für das Saarland — Januar bis Juni 1982 —	P II — m — 5 + 6/82

GMBL. Saar 1983, S. 7

Veröffentlichungen des Statistischen Amtes des Saarlandes im Monat Dezember 1982

Statistische Berichte

Wanderungen im 2. Vierteljahr 1982	A III 1 — vj — 2/82
Allgemeinbildende Schulen im Schuljahr 1981/82 — Teil II — Ergebnistabellen	B I 1 — j — 1981/82, II
Allgemeinbildende Schulen im Schuljahr 1982/83 — Teil I — Übersicht und Verzeichnis	B I 1 — j — 1982/83, I
Berufliche Schulen im Schuljahr 1981/82 — Teil II — Ergebnistabellen	B II 1 — j — 1981/82, II
Auszubildende im Saarland 1981 — Ergebnisse der Berufsbildungsstatistik vom 31. Dezember 1981	B II 5 — j — 1981
Strafvollzug im Saarland 1981/82	B VI 6 — j — 81/82
Schweinebestand im August 1982	C III 1 — vj — 3/82
Gewerbean- und -abmeldungen im Jahr 1981	D I 2 — j — 81
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe im September 1982	E I 1 — m — 9/82
Industrielle Produktion im September 1982	E I 2 — m — 9/82
Bauhauptgewerbe und Ausbaugewerbe im August 1982	<u>E II 1</u> <u>E III 1</u> — m — 8/82
Bauhauptgewerbe und Ausbaugewerbe im September 1982	<u>E II 1</u> <u>E III 1</u> — m — 9/82
Baugenehmigungen im 3. Vierteljahr 1982	F II 1 — vj — 3/82
Einzelhandel im Dezember und Jahr 1981	G I 1 — m — 12/81
Außenhandel im August 1982	G III 1,3 — m — 8/82
Fremdenverkehr von März bis Juni 1982	G IV 1 — m — 3 — 6/82
Straßenverkehrsunfälle im August 1982	H I 1 — m — 8/82
Binnenschifffahrt Juli 1982	H II 1 — m — 7/82
Binnenschifffahrt August 1982	H II 1 — m — 8/82
Binnenschifffahrt September 1982	H II 1 — m — 9/82

Sozialhilfe im Saarland 1981 — Teil I — Ausgaben und Einnahmen

K I 1 — j/81

Kommunale Finanzen im Kalenderjahr 1981

L II 2 — j — 1981

Preisindex für die Lebenshaltung Oktober 1982

M I 2 — m — 10/82

Durchschnittliche Kaufwerte von Bauland im Saarland 1981

M I 6 — j/81

Kaufwerte landwirtschaftlicher Grundstücke 1981

M I 7 — j — 1981

Aktuelle Wirtschaftszahlen für das Saarland

P II — m — 7 + 8/82

GMBI. Saar 1983, S. 37

Veröffentlichungen des Statistischen Amtes des Saarlandes im Monat Januar 1983

Statistische Berichte

Sterbefälle 1981 nach Todesursachen, Geschlecht und Altersgruppen	A IV 3 — j/81
Betriebsgrößenstruktur in der Landwirtschaft im Jahre 1982	C IV 7 — j — 1982
Bauhauptgewerbe und Ausbaugewerbe im Oktober 1982	<u>E II 1</u> <u>E III 1</u> — m — 10/82
Das Handwerk im 3. Vierteljahr 1982	E V 1 — vj — 3/82
Außenhandel im September 1982	G III 1,3 — m — 9/82
Binnenschifffahrt Oktober 1982	H II 1 — m — 10/82
Öffentliche Jugendhilfe im Jahre 1981	K I 3 — j/1981
Preisindex für die Lebenshaltung November 1982	M I 2 — m — 11/82

Veröffentlichungen

Statistische Nachrichten — Vierteljahresheft — Ausgabe 4/1982	
Saarländische Gemeindezahlen — Ausgabe 82 —	
Saarländische Krebsdokumentation 1975 — 1978	
Besitz- und Arbeitsverhältnisse der Land- und Forstwirtschaft sowie sozialökonomische Gliederung der landwirtschaftlichen Betriebe im Saarland 1979	
— Ergebnisse der Landwirtschaftszählung 1979 — Teil 1 —	
Betriebsstruktur in der Landwirtschaft im Saarland 1979	
— Ergebnisse der Landwirtschaftszählung 1979 — Teil 2 —	
Gemeinde- und Kreisstatistik	GMBI. Saar 1983, S. 76

Veröffentlichungen des Statistischen Amtes des
Saarlandes im Februar 1983

Statistische Berichte

Sterbefälle nach Todesursachen im 3. Vierteljahr 1982	A IV 3 — vj — 3/82	Jährliche Erhebung im Ausbaugewerbe 1982	E III 2 — j — 82
Bodennutzung 1982	C I 1 — j — 1982	Einzelhandel Januar bis April 1982	G I 1 — m — 1—4/82
Pflanzenbestände in Baumschulen 1982	C II 5 — j — 1982	Außenhandel im Oktober 1982	G III 1,3 — m — 10/82
Schlachtungen und Fleischanfall im 3. Vierteljahr 1982	C III 2 — vj — 3/82	Fremdenverkehr von Juli bis September 1982	G IV 1 — m — 7—9/82
Gewerbean- und -abmeldungen im Saarland im 1. Halbjahr 1982	D I 2 — hj — 1/82	Straßenverkehrsunfälle im September 1982	H I 1 — m — 9/82
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe im Oktober 1982	E I 1 — m — 10/82	Kommunale Finanzen im 3. Vierteljahr 1982	L II 2 — vj — 3/82
Industrielle Produktion im Oktober 1982	E I 2 — m — 10/82	Preisindex für die Lebenshaltung Dezember 1982	M I 2 — m — 12/82
Bauhauptgewerbe und Ausbaugewerbe im November 1982	<u>E II 1</u> <u>E III 1</u> — m — 11/82	Aktuelle Wirtschaftszahlen für das Saarland — Januar bis Oktober	P II — m — 9 + 10/82

GMBL Saar 1983, S. 85

Notizen